DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 19 ab Samstag, 12. September 2020 in Berlin und bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck »Vereinsspende« bitte an KDW e.V./Lenz IBAN DE51 1001 1001 2625 2368 69

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben



SHAME ON YOU,

GERMAN DEMOCRATIC MOVEMENT TO ANNOUNCE RENEWED CONSTITUTION. MERKEL-STEINMEIER-REGIME ASSAULTS PREGNANT WOMAN. TOTALITARIAN HYBRIS UNDER CORONA.

Mainstream media conformity: This is the German weekly with the highest circulation since the unconstitutional emergency legislation of March 25th.

COVID HORROR REGIME!

Internationaler Widerstand

Fake-Pandemie, Aliens, Fliegeralarm, Schweinepest, vorgeschobene Klimaproblematik und gleichgeschaltete Presse: Der Neofaschismus à la Merkel-Steinmeier-Spahn wünscht sich den eigenen Untergang und lässt derweil auf die eigene Bevölkerung einprügeln, darunter Schwangere und ältere Damen, die demokratisch aufbegehren. Doch Obacht! Nicht der Widerstand, nicht die Demokraten haben sich zu rechtfertigen. Sondern die kriminelle Politiker-, Medien- und Konzern-Junta, die fanatisch mit dem totalitären Notstand spielt. 16 Seiten Demokratischer Widerstand. Seit 17. April 2020 auflagenstärkste Wochenzeitung der Bundesrepublik.

NICHTOHNEUNS.DE

Sommer der Demokratie
Aufklärung, Wahlen, Republik!

POLIZEI PRO GRUNDGESETZ

LAUDATIO ***Preis der Republik geht an remonstrierende Polizisten***



»Am 01.08. wurde die Demo in Berlin nicht geräumt, weil dort alle auswärtigen Polizeikräfte den Befehl zur Räumung verweigert haben und die Berliner Polizei alleine dastand.

Die hätten gerne geräumt, konnten das aber alleine nicht bewältigen. Am 29.08. wurde das Camp an der Siegessäule in der Nacht nicht zu Ende geräumt, weil sich die Polizisten aus Sachsen und Bayern nicht strafbar machen wollten und erneut den Befehl verweigert haben. Die Polizei Berlin und Niedersachsen leider nicht, das hat man ja dann auch teilweise gesehen. Die Auflösung der Veranstaltung am 30.08. geschah dann durch die Polizei Berlin. Ob sie sich mit den dort entstandenen Bildern einen Gefallen getan haben, ist fraglich.

VON POLITIKERN INSTRUMENTALISIERTE POLIZEIBEAMTE

Die Provokationen waren politisch bewusst gewollt, man hat entsprechende Bilder für die Bevölkerung erzeugen wollen. Das haben wir ja auch schon mit der Einkesselung des Zuges am 29.08. vermutet, jetzt ist das Gewissheit. Dass es diese Bilder nicht gab, ist sowohl diesen Polizisten als auch den friedlichen Demonstranten auf der anderen Seite zu verdanken. Es ist beruhigend zu wissen, dass es auf den Seiten der Polizei zu solchen Remonstrationen gekommen ist, denn die Eskalation, wie sie offenbar von der Politik gewünscht ist, würde bei solch großen Gruppen schnell zu einem echten Risiko für die Innere Sicherheit werden. Hier zeigt sich, dass es auch seitens der Demonstranten mehr als klug war, sich nicht provozieren zu lassen und Ruhe zu bewahren. Diese Strategie sollte so weitergeführt werden. Es gibt offenbar noch viel mehr Helden bei der Polizei, als das bisher bekannt war.«

So schrieb der DW-Redaktion ein Polizeibeamter am Freitag vor erscheinen dieser Ausgabe. Damit wird neuerlich deutlich, mit welcher unfassbaren kriminellen Energie die präfaschistische Politikerriege derzeit gegen die eigene Bevölkerung agiert. Die politisch Verantwortlichen und Haftbaren: Angela Merkel, Frank-Walter Steinmeier, Michael Müller (Bürgermeister von Berlin), Andreas Geisel (Innensenator), Barbara Slowik (Polizeipräsidentin). Sie tragen die Schuld daran, dass sogar auf eine Schwangere und ältere Damen eingeprügelt worden war.

Seit 25. März 2020 hat sich die Exekutive, die Regierung, über die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland hinweggesetzt, das Grundgesetz, und

Weiterlesen in rechter Spalte



Zum Geleit

EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Die- Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten?

Wir sind die Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierten Strukturen. Wir stehen der Demokratiebewegung um nichtohneuns.de und Querdenken nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in der gesamten Republik verbreiten. Wir sind parteilose liberal eingestellte Menschen verschiedener Couleurs. MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns dies gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam feiern mit allen, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich auch politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen totalitär ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE ZEITUNG?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Exemplaren und als E-Paper unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Repräsentation und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020!

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus, der auch ohne Ausgangssperre stattgefunden hätte, projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben. Wir erleben unter dem Stichwort »Corona« den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits im März 2020 das Leben genommen. Ungezählte Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. *– Die DW-Redaktion*

* Spenden mit Verwendungszweck »Vereinsspende« gern an KDW/Lenz, IBAN DE51 1001 1001 2625 2368 69



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!

UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!

BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are liberals, publishers and journalists from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. – Please take into consideration; the current German government and the EU are not that what the may seem abroad. During Corona they have taken a pre-fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed and persecuted for are work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press, organizations and colleagues abroad. Thank you. – Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

agiert im rechtsfreien Raum. Mit dem Ende des Sommers wird nun immer deutlicher, dass das fanatische Regime nicht in medial geschürter Panik handelt, sondern offensiv in diktatorische Umstände gegen jeden rechtsstaatlichen Standard handelt.

Ein nicht mehr für möglich gehaltener Zivilisationsbruch spielt sich ab. Das Licht von Demokratie und Aufklärung leuchtet einzig noch in der Demokratiebewegung, die jede und jeden willkommen heißt, die sich gegen die Zerstörung des Gesellschaftlichen wendet, um Menschenrecht wiederherzustellen. Ein Regime, das mit Angst und Schrecken agiert, die eigene Bevölkerung angreift, die Wissenschaft verhöhnt und lügt, wird sich nicht durchsetzen können. Das wissen auch Beamte, Behördenmitarbeiter, Sicherheitsleute und die Soldaten der Bundeswehr.

DIE REMONSTRIERENDEN POLIZISTINNEN UND POLIZISTEN werden als Heldinnen der Demokratiebewegung und als mutige Menschen für Demokratie und zivilisatorische Grundsätze mit dem Preis der Republik ausgezeichnet. Es ist eine besondere Herausforderung, sich gegen direkte Befehle zu wenden und diese nicht auszuführen. Den Beamten gebührt Dank und Anerkennung, dass sie ihren Eid auf die Verfassung ernst genommen haben. Zugleich ist dies auch ihre Pflicht.

Der Preis der Republik wird seit 27. Juni 2020 verliehen vom Trägerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band. Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Christine Lambrecht, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin.



Richtigstellung

In der DW N°18 vom 5. September 2020 hieß es auf Seite 1: »Kokainsüchtiger Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (*hier* Bild oben) kaufte sich kürzlich Millionenvilla in Italien.« Wir stellen richtig: Die neue Villa Spahns befindet sich nicht in Italien, sondern mehreren Meldungen zufolge in Berlin-Dahlem. Bei einem Besuch der DW-Redaktion an der bekannten Adresse verlautbarte die dort vor dem Anwesen patrouillierende Polizei, dass Spahn dort nicht wohne. Das Anwesen gehörte zuvor dem vor Kurzem abberufenen US-Botschafter Richard Grenell. Wir bitten um Nachsicht und werden den Fall wohlwollend im Auge behalten.

»Der Demokratische Widerstand – dessen Titel auf eines der Rechte in der deutschen Verfassung verweist – hat das uneingeschränkte Recht, eine Einschätzung der gegenwärtigen Situation darzulegen.«

Prof. Giorgio Agamben



Gesundheit

»Wäre uns der Virus nicht aufgefallen, hätte man vielleicht gesagt, wir haben dieses Jahr eine schwerere Grippewelle« — Prof. Streeck, Virologe der Universitätsklinik Bonn

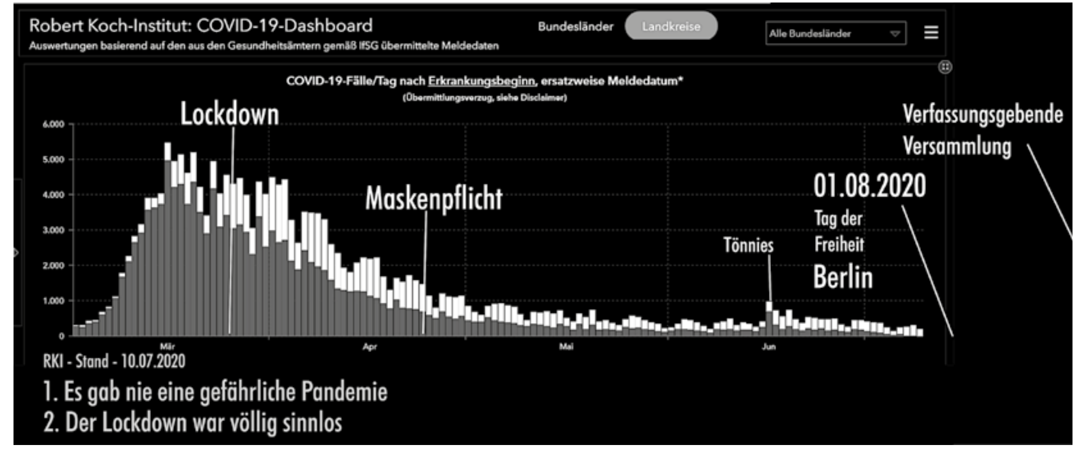
»Hätten wir nichts von diesem neuen Virus da draußen gewusst und hätten wir keine Menschen mit PCR getestet, wäre uns die Anzahl der Gesamt-Todesfälle durch grippale Infekte in diesem Jahr nicht ungewöhnlich erschienen.«
Prof. John Ioannidis, Professor für Epidemiologie und Bevölkerungsgesundheit, Stanford Universität, USA

»Dieser Crash ist gewollt«
Dirk Müller, Finanzexperte



Am 1. und 29. August waren je Hunderttausende in Berlin — und diese beiden sollen das neue Feindbild sein? Regierung und Regimemedien malen seit Monaten an einem Schreckensszenario von der Machtergreifung durch bewaffnete Hippies...?

250 schulmedizinische Expertisen zu Corona siehe NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS



DIE GEFÄLSCHTE PANDEMIE

von Prof. Sucharit Bhakdi und Prof. Karina Reiß, Epidemiologen und Autoren des Buches »Corona — Fehlalarm?«, ein Auszug daraus.

Tatsache ist, eine Gefahr der Überlastung unserer Krankenhäuser hat es nie gegeben, da wir nie ein exponentielles Wachstum der Infektionszahlen hatten.

In den Kliniken stehen Tausende Betten leer! Es gab nie eine riesige »Welle« an COVID-19-Patienten. Nicht weil die »Maßnahmen« so toll gewirkt haben, sondern weil die Epidemie schon vor Einführung der Maßnahmen vorbei war. Nun haben aber viele Krankenhäuser alle planbaren, nicht lebensnotwendigen Operationen aufgeschoben oder ganz ausgesetzt. Operationen an der Hüfte oder an Kniegelenken, Untersuchungen bei Krebspatienten etc. etc. etc. Viele Kliniken melden Belegungsrückgänge in der Größenordnung von 30 Prozent und mehr. Die Ärzte werden in Kurzzeit geschickt. Jetzt, wo jeder Blinde sehen konnte, dass alles vorbei war, dass es nie dramatisch war und dass ALLE Maßnahmen mit sofortiger Wirkung aufgehoben werden MUSSTEN – was macht unsere Regierung? Der *Lockdown* wird verlängert.

Am 15. April verlängert Deutschland den *Lockdown*. Bis zum 3. Mai werden die Abstandsregeln und Kontaktbeschränkungen verlängert. Demnach ist in der Öffentlichkeit ein Abstand von 1,5 Metern einzuhalten. Man darf sich dort nur im Kreis der Angehörigen oder mit einer weiteren, nicht im Haushalt lebenden Person aufhalten. Das Versammlungsverbot in Gotteshäusern bleibt bis auf Weiteres in Kraft. Großveranstaltungen bleiben bis zum 31. August grundsätzlich untersagt.
Immerhin, weitere Geschäfte dürfen öffnen – mit einer Ladenfläche von bis zu 800 Quadratmetern. Interessante Zahl, warum wohl nicht 700 oder 900? Ausgenommen von dieser Einschränkung sind Kfz- und Fahrradhändler und Buchhandlungen – sie dürfen unabhängig von ihrer Größe die Türen öffnen. Die Willkür regiert. Noch schlimmer: Obwohl alles vorbei ist und obwohl man weiß, dass Masken nichts bringen, wird zu guter Letzt auch noch die Maskenpflicht eingeführt!

MASKENPFLICHT

Wie dumm kann man eigentlich sein – möchte man fragen.
Punkt 1) Es gibt keinen wissenschaftlichen Beleg dafür, dass symptomfreie Menschen ohne Husten und Fieber die Erkrankung verbreiten.
Punkt 2) Einfache Masken halten die Viren nicht zurück, gerade wenn man hustet.
Punkt 3) Sie schützen bekanntermaßen auch nicht vor Ansteckung.
Größe Corona-Virus: 160 Nanometer (0,16 Mikrometer). Größe »Poren« in einfachen Baumwollmasken 0,3 Mikrometer. Sie fliegen durch herkömmliche Masken oder Mund-Nase-Bedeckung aus Stoff durch wie durch ein offenes Fenster.

Durch die Empfehlung der Bundesregierung, Masken zu tragen, glauben viele ältere Menschen, dass diese einen Schutz bietet und dass es sinnvoll sein muss. Doch ganz im Gegenteil, das Tragen einer Maske birgt ernste gesundheitliche Risiken, insbesondere für Menschen mit Lungenerkrankungen, Herzschwäche, aber auch für Patienten mit Angst- und Panik-Störungen. Selbst die WHO gab klar zu verstehen, dass das generelle Tragen von Masken in der Öffentlichkeit keinen Zweck erfüllt.

Prof. Bhakdi und Prof. Reiß sind Preisträger der Republik. Ihr Buch zu Corona ist konstanter Bestseller, erschienen im Goldegg-Verlag, Wien.

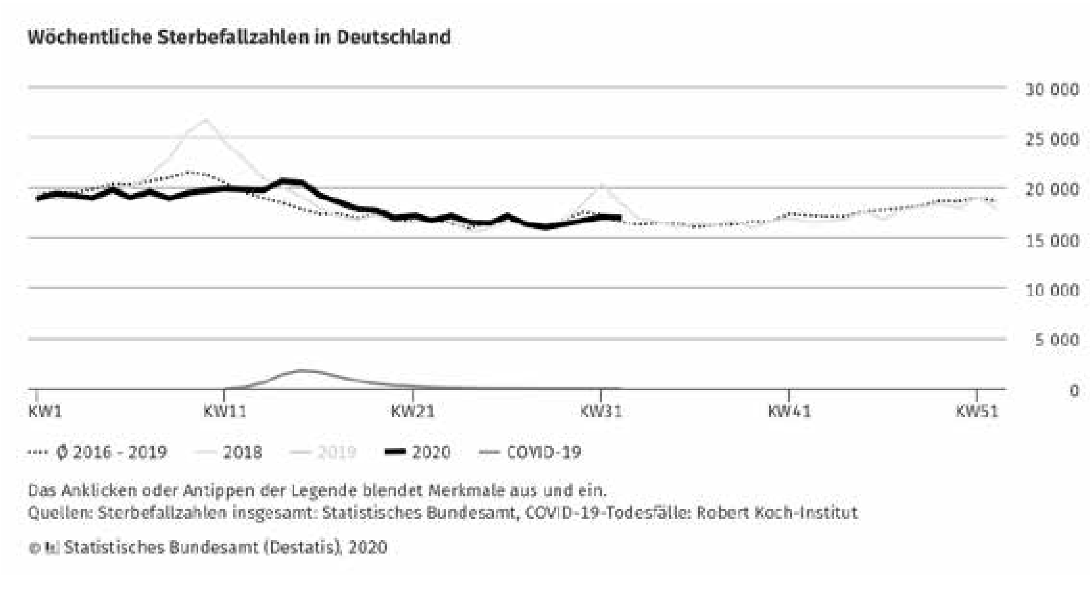
ÄRZTINNEN UND ÄRZTE IM DEMOKRATISCHEN WIDERSTAND:

Meine Einschätzung der Lage

von Dr. med. Alexander Richter, Mitglied des Demokratischen Widerstandes, Stadland (Wesermarsch)

MEDIZINISCH: Als langjähriger Arzt für Chirurgie, Sportmediziner und Notfallmediziner sowie Instruktor für Arthroskopie durfte ich nicht nur in Deutschland, sondern seit 2003 auch in Lateinamerika — vor allem in Mexiko — beruflich und menschliche Erfahrung sammeln. Unter Hinzuziehen aller mir zugänglichen Quellen und in Einklang mit meinem Wissen und meiner Erfahrung, bin ich mit vielen Experten einer Meinung, dass es sich bei der vorliegenden Coronaviruserkrankung um ein Phänomen handelt, das uns Menschen gut bekannt ist, uns jährlich wiederkehrend trifft und mit der normalen Grippe vergleichbare Erscheinungen wie Vorkommen und Mortalität in der Bevölkerung hat. Aus medizinischer Sicht besteht weder Grund zu besonderem Handeln noch zu übermäßiger Vorsicht. Besonders anfällige Personen sollten sich entsprechend sinnvoller Vorgaben individuell schützen.

POLITISCH: Die medizinisch nicht begründbare weltweite Panik und Hysterie ist meines Erachtens bewusst politisch induziert. Die nicht nur in Deutschland getroffenen, der medizinischen Lage nicht angemessenen Maßnahmen übersteigen bei weitem die erforderliche Verhältnismäßigkeit. Die Einschränkung beziehungsweise Aufhebung gravierender Grundrechte sowie die Art und Weise der Änderung der Gesetzgebung ist mit nichts zu rechtfertigen. Wir laufen unter Aushebelung der Grundgesetze Gefahr, uns einer massiven globalen und diktatorischen Kontrolle unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Gesundheit unterwerfen zu müssen. Dies muss mit allen zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln verhindert werden.



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die obenstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen im Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Der Sars-Cov-2-Virus (Corona) existiert. Er ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden.

Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich — oder gar menschheitsbrohend —, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

MÜNCHENS MARATHON FÜR FREIHEIT, GRUNDRECHTE UND SELBSTBESTIMMUNG

Von Alexandra Motschmann, Mitgründerin Nicht ohne uns! *München*

Die Münchner sind nicht die typischen Demonstranten. Sie lieben ihre Freizeit sinnvoll zu nutzen, um Sport zu treiben oder im Biergarten mit Freunden über Gott und die Welt zu diskutieren. Nur einsperren lässt sich der Bayer nicht wirklich gerne und bereits zum Zeitpunkt des *Lockdowns* Ende März waren einige mit dem Grundgesetz auf dem Marienplatz und haben ihre Rechte zurückgefordert.

Während der ersten drei Wochen bis Mitte April 2020 gab es auch diejenigen, die als Gutmenschen, die Regierenden in Schutz genommen haben, denn auch ein Abgeordneter kann ja Angst haben und übervorsichtig für seine Mitbürger agieren. Im Krankenhaus wurden 30% der Krankenbetten für Corona Kranke vorgehalten, die zu keiner Zeit auch nur annähernd gebraucht wurden, somit war der *Lockdown* sinnbefreit und hat immer mehr Menschen auf die Straße gebracht, die gegen die Maßnahmen protestiert haben.

Die erste größere Demo war auf dem Marienplatz, es wurden nur 200 Teilnehmer genehmigt, es kamen aber über 3.000 Menschen, um für ihre Rechte einzustehen. Und natürlich eine Hundertschaft an Polizei, wo manche Teilnehmer sich verwundert fragten, ob hier nun die Polizei oder die Bürger demonstrieren, da auch Tausende an Polizistinnen und Polizisten an diesem 09.05.2020 auf dem Marienplatz zu sehen waren.

Gleich eine Woche drauf sollte die nächste Demo auf der Theresienwiese stattfinden und der Veranstalter hatte 10.000 Teilnehmer angemeldet. Nachdem die Wiesn locker 60.000 Personen mit Abstand fassen kann. Das Kreisverwaltungsreferat hat leider erst kurz vorher, also am Freitag, den 15.05., nur 1.000 Teilnehmer genehmigt, aufgrund des Hygienekonzeptes mit Ordnern und den üblichen Corona-Abstandsregeln in Deutschland von 1,50 Meter.

Zu der Demo am 16.05. kamen ca. 5.000 Personen, die dicht an dicht ohne Abstand an der von der Polizei weiträumig abgesperrten Theresienwiese, um der Kundgebung doch noch zu lauschen. Das Polizeiaufkommen war auch an diesem Samstag völlig abstrus, da sich hier ja auch die Mitte des deutschen Volkes zur Demo versammelte und dies in völliger Liebe. Was das Aufgebot zeigen sollte war jedem ein Rätsel.

Und die Willkür statt Grundrechte nahm seinen Lauf. Erneute Ablehnung der Veranstaltung durch das Kreis-Verwaltungsreferat (KVR) aus nicht nachvollziehbaren Gründen für den 23.05. Am 19.05.2020 hatte das KVR telefonisch 2.000 Teilnehmer zugesagt. Am Feiertag Christi Himmelfahrt, dem 21.05.2020 gegen 11.15 Uhr teilte das KVR aber schriftlich mit, dass die Personenzahl von den zuerst 2.000 Personen nun wieder auf 1.000 reduziert wurde.

Am Folgetag wurde ein Auflagenbescheid mit der Teilnehmerbegrenzung von 1.000 Teilnehmern zugestellt, diesen ließen die Veranstalter verwaltungsgerichtlich am Bayrischen Verwaltungsgericht in der Bayerstraße überprüfen und zwar vor allem hinsichtlich der Teilnehmerzahlbegrenzung. Nachdem dort der KVR-Entscheid als rechtmäßig anerkannt wurde, ließen die Verstalter diese Entscheidung am Bayrischen Verwaltungsgerichtshof in zweiter Instanz prüfen, wobei erneut die Entscheidung des KVR für richtig befunden wurde. Da dieser Gerichtsbeschluss erst am Freitag, den 22.05.2020 einging, war eine weitere Prüfung beim Verfassungsgericht nicht mehr möglich.

Der Veranstalter nahm wie folgt zu der ganzen Geschichte Stellung: »Gleichwohl betrachten wir, sowohl die rigorose Beschränkung der Versammlungsteilnehmer auf einer derartig riesigen und sehr gut überschaubaren Fläche, als auch die gleichlautenden gerichtlichen Entscheidungen, für grob verfassungswidrig. Wir sehen uns aber nicht nur durch die KVR-Einschränkungen und deren Bestätigung der bayrischen Gerichte in unseren Grundrechten über Gebühr beeinträchtigt, sondern sehen unsere Veranstaltungsteilnehmer zusätzlichen, uns völlig unverständlichen, Hindernissen ausgesetzt, die von uns ebenfalls als grob verfassungswidrig angesehen werden. Obwohl bei weitem die Teilnehmerzahl von 1000 Personen nicht am Veranstaltungsort waren, konnten die Teilnahmewilligen nicht ungehindert, auf dem sonst normalen Weg, unseren Veranstaltungsort erreichen.«

DIESE TEILNEHMERBEHINDERUNGEN WAREN WIRKLICH UNGLAUBLICH:

– Teilnahmewillige konnten an den U-Bahnhöfen Theresienwiese und Goetheplatz nicht zur Theresienwiese aussteigen, um zur Demo zu gehen.
– Teilnahmewillige konnten nur und ausschließlich an der Kreuzung Pocci-Strasse und Bavaria Ring auf die Theresienwiese und zum Veranstaltungsort gehen – mit der Folge, dass viele sehr lange Fußwege rund um die Theresienwiese auf sich nehmen mussten, um überhaupt an den Veranstaltungsort kommen zu können.
– Selbst ein Vertreter der Presse mit Presseausweis, der an der Nordseite der Theresienwiese an der dortigen Polizeisperre ankam, wurde dort nicht auf die Theresienwiese und an den Veranstaltungsort gelassen, sondern um die ganze Theresienwiese herumgeschickt und war nach eigenen Bekunden ca. eine halbe Stunde unterwegs, was ihn verärgert hat.
– Bereits gegen 13 Uhr wurden in allen Seitenstraßen, die zur Theresienwiese führen, polizeiliche Vorsperren aufgebaut, die verhinderten, dass teilnahmewillige Mitbürger auf dem jeweils kürzesten Weg den Veranstaltungsort erreichen konnten.

So viel zum Artikel 8 des Grundgesetzes der Versammlungsfreiheit, die keine mehr ist. Wunderbare Willkür und unverhältnismäßige Steine, die von der Regierung in den Weg der Freiheit und Selbstbestimmung gelegt worden sind.

Aber die Münchner lassen sich, auch von einem Ministerpräsidenten, Markus Söder, der wohl gerade die Rolle seines Lebens als Mephisto spielt, nicht ins Bockshorn jagen und stellen immer wieder die Fragen:
»Wieso wurden wir quasi von einem Virologen regiert? Wo waren die Immunologen und ein Beratergremium von Ärzten aller Fachrichtungen?«, »Wieso wurden zuerst Masken als nicht sinnvoll dargestellt, um dann im Nachgang als Maskenpflicht die Menschen zu schwächen?«, »Wieso heißt es, dass etwa 90 % der Infizierten keine Symptome aufweisen, aber als Corona Kranke gelten? In echt sind diese Menschen immun. Man könnte sagen, die Regierung mutierte zum „Immunitätsleugner.«, »Prof. John Ioannidis ist der meistzitierte Wissenschaftler der Welt. Hat unsere Regierung auf ihn gehört? Nein! In einer seiner Arbeiten, beschreibt er die Situation bezogen auf die weltweite Datenlage vom 1. Mai 2020: Unter 65-Jährige ohne Vorerkrankung machten demnach bloß 0,7 bis 2,6 Prozent aller Covid-19-Todesfälle aus. Um der Pandemie Herr zu werden, reiche eine Strategie aus, die eindimensional ist?«, »Warum wurden die Herren Wolfgang Wodarg und Sucharit Bhakdi nie gehört, und andere Wissenschaftler auch nicht?«, »Wie kann es sein, dass ein Herr Bill Gates über 9 Minuten bei den Tagesthemen über eine Impfung bei über 7 Milliarden Personen sprechen kann So haben gab es in München vom 09.05. bis zum 25.07. jedes Wochenende eine Demonstration für die Wiedererlangung der Freiheit, Selbstbestimmung und der Grundrechte. Jeden Samstag wurden neue Zahlen, Daten und Fakten und persönliche Geschichten präsentiert?«

Die kritische Hinterfragung, ob die Maßnahmen während der Corona Krise angemessen waren, ob es bessere Abstufungen und Maßnahmen hätte geben können, wird zur Zukunftsfrage für unser Land. Jeden Samstag wurde Bilanz gezogen und Zahlen, Daten, Fakten aufgezeigt, denn kritische Fragen sind zwar anstrengend, aber sie sind ein wichtiger Teil einer lebendigen Demokratie. Und das alles mit grandiosen Rednern und fantastischer Musik.

Waren die Maßnahmen der Regierung so richtig? Gunnar Kaiser, der 1976 geborene Autor hat Philosophie, Germanistik und Romanistik in seiner Heimat Köln studiert. Gründer des Kultur-Blogs *KaiserTV*. Er hinterfragte kritisch die Handlungsweise der Regierung und deren Maßnahmenpakete.

SICHERHEIT UND MENSCHENRECHTE EIN RISIKO?

Christian Kreiß, der 1962 in München geborene deutsche Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Aalen. Zahlreiche Sachbücher zur neoliberalen Wirtschaftstheorie und deren sozialpolitischer Folgen. Er berichtete über die Einschränkungen unsere Menschenrechte und den damit verbundenen Bestrebungen die Demokratie auszuhöhlen - zu Gunsten der Macht von Wenigen.

SOZIAL HANDELN UND SELBER DENKEN

Robin Hertscheck, Marktleiter der *EDEKA*-Filiale in Neubiberg engagiert sich bei soziale Projekte sowohl in Bayern als auch beispielsweise in Kenia. Er war einer der ersten der die Maskenpflicht in seiner Filiale in Frage gestellt hat. Er sprach über die Auswirkungen der unverhältnismäßigen Einschränkungen der regierenden Politikern und deren Einflußnahme auf unsere Gesellschaft. Sind die Maßnahmen der Regierung gerechtfertigt?

Anselm Lenz ist Journalist, Schriftsteller und Mit-Begründer von *nichtohneuns* und dieser neuen deutschlandweiten Zeitung *Demokratischer Widerstand*. Er warnte vor einer »neuartigen Diktatur im zivilen Leben«. Er insinuierte, die Corona-Krise diene dazu, vom Crash des Finanzkapitalismus abzulenken.

WO IST DER RECHTSSTAAT GEBLIEBEN?

Der Rechtsanwalt Markus Haintz begeisterte die Zuschauer mit seinen klaren Worten über das Rechtssystem in Deutschland, welches gerade etwas ins Wanken gekommen ist, aber immer noch vorhanden ist und deswegen eine Zukunft in Wahrhaftigkeit und mit Gerechtigkeit vorstellbar und umsetzbar ist.





WAS IST DAS EIGENTLICHE ZIEL DER PANDEMIE?

Nicht alles muss und kann für jede und jeden passend programmiert werden. Thorsten Schulte ist ein deutscher Unternehmensberater und Bestseller-Autor. In seiner politischen Rede vertrat er andersartige Theorien und stellte die Geschichte auf seine eigene, ungewöhnliche Art dar. Da die Münchner Bühne vielen ein Sprachrohr gibt, ist hier die Meinungsvielfalt zu Hause.

München mit seinen Demos für Freiheit, Selbstbestimmung und die Rückgabe der Grundrechte ist für seine Bürgerinnen und Bürger da. Die Demos sind auch immer wieder eine Plattform, mit der einige Künstler sich etwas Geld verdienen können, da auch dieses Gewerbe seinem Fundament beraubt wurde. Alle Menschen liegen uns am Herzen, besonders die Kinder, die keine Möglichkeit haben ihre Meinung zu äußern und dem System der Angst und Destruktion ausgeliefert sind. Die Münchner Demos versuchen wach zu küssen und wollen immer und immer wieder ihr Lächeln für das Leben zeigen. Die Münchner Demos wollen Mut geben und die Freude zum Leben unterstützen. Die Münchner Demos zeigen Herz und sehen in der Covid-Krise eine Chance für die Zukunft, diese neu zu gestalten mit Liebe und Achtsamkeit.

DEMOTERMINE

11.09.2020	17:00 Uhr – 19:00 Uhr	SINSHEIM, Burgplatz	QUERDENKEN-7261
11.09.2020	17:30 Uhr	SCHORNDORF, Oberer Marktplatz	QUERDENKEN-718 Wir für unsere Grundrechte
12.09.2020	12:00 Uhr – 19:30 Uhr	MÜNCHEN, Odeonsplatz	QUERDENKEN-089 Fest für Frieden und Freiheit
12.9.2020	13 Uhr – 18 Uhr	HANNOVER Waterloo-Platz, weiter ca. 15:30 Uhr Georgsplatz	DER NORDEN STEHT AUF walkoffreedom.net
12.9.2020	14:00 Uhr	BERLIN Neptunbrunnen bis Bbg. Tor	FREEDOM PARADE N° 12 freedomparade.de
12.09.2020	14:00 Uhr – 16:00 Uhr	LÜDENSCHEID, Schillerstraße, Am Rosengarten	QUERDENKEN-235 Gemeinsam für die Grundrechte
12.9.2020	14:00 Uhr	WIESBADEN Reisinger Anlagen ggü. Hauptbahnhof	WIESBADEN STEHT AUF querdenken-611.de
12.9.2020	15:30 Uhr – 18 Uhr	KÖLN Deutzer Werft	FRIEDENSFEST GEGEN RASSISMUS koeln-ist-aktiv.de
13.09.2020	12:00 Uhr – 18:00 Uhr	RAVENSBURG, Marienplatz 12 Uhr Aufzug, dann Oberschwabenhalle ab 14 Uhr	FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT querdenken-751.de
13.09.2020	13:00 Uhr – 16:30 Uhr	MANNHEIM, Unterer Luisenpark	QUERDENKEN-621 Grundrechte – Meinungsfreiheit-Demokratie
13.09.2020	16:00 – 19:00 Uhr	HEILBRONN, Kiliansplatz	WIR FÜR DAS GRUNDGESETZ querdenken-713.de
14.9.2020	18:00 Uhr	MARBACH AM NECKAR Begin Park auf der Schillerhöhe	16. MONTAGSDEMO FÜR DEMOKRATIE UND GRUNDR.
19.09.2020	15:30 Uhr	LANDSHUT, Ringelstecherwiese	QUERDENKEN-871 Fest für Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung
19.09.2020		HAMBURG	
20.09.2020	13:00 Uhr-19:00 Uhr	DÜSSELDORF, Rheinkirmes-Festplatz	FRIEDLICHER SPAZIERGANG ZUR STÄRKUNG DES IMMUNSYSTEMS Querdenken 203, 231, 9371
02.10.2020	15:00 Uhr – 22:00 Uhr	BERLIN, Platz der Republik (Bu'tag)	VERFASSUNGSGEBENDE VERSAMLG. nichtohneuns.de
03.10.2020	06:30 Uhr – 23:59 Uhr	BERLIN, stadtweit, diverse Anmeldg.	TAG DER FREIEN BUNDESREPUBLIK
04.10.2020	00:00 Uhr – 17:00 Uhr	BERLIN, stadtweit, diverse Anmeldg.	SPORTFEST SCHWARZ-ROT-GOLD
HINWEIS:	DEMOS ANMELDEN	bei der Versammlungsbehörde Berlin	berlin.de/polizei/service/ versammlung-anmelden/



Übersichtskarte zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen des parteiunabhängigen Rahmen-Netzwerkes **nichtohneuns.de**



Illustration li. und Zeitungsmaske: Jill Sandjaja

Hier ist die Demokratie!

Klebefläche

IHR LÜGNER!

demokratischegewerkschaft.de

demokratischerwiderstand.de

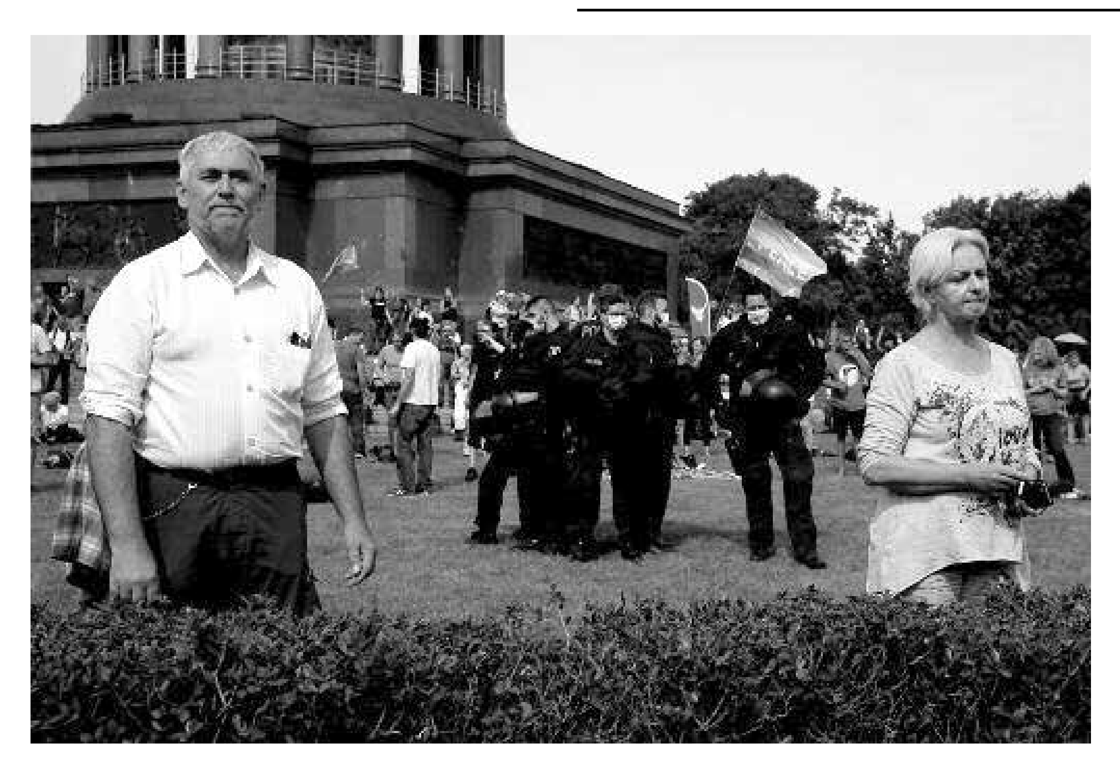
02. bis 04. Okt. 2020
Platz der Republik
Beginn 02.Okt., 15h

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

NEIN!

Bastelanleitung: Kotztüte
Zeitung der Länge nach falten bis das untere, gelbe Viertel übrigbleibt. Dann den Nummern folgen und die Faltlinien nach außen falten. Den Zipfel ankleben und die Löcher ausstechen. Band einpfädeln und abkotzen!

Politik


Fassungslosigkeit angesichts des massiven Verfassungsbruchs. Die Regierung vollzieht mit brutaler Gewalt den finalen Abschied von den Demokratinnen und Demokraten des Landes.

»Regierungen lieben Pandemien. Sie lieben Pandemien aus demselben Grund, aus dem sie Krieg lieben. Weil es sie in die Lage versetzt, die Bevölkerung auf eine Weise zu kontrollieren, die sonst nicht akzeptiert werden würde. Sie schaffen Institutionen und Mechanismen, die die Individuen bekämpfen.

Ich sage Ihnen etwas: Einflussreiche Leute wie Bill Gates und Anthony Fauci haben über diese Pandemie nachgedacht und diese geplant, ein Jahrzehnt lang, geplant, wie diese Pandemie uns gegenüber durchgesetzt werden kann.«

Robert F. Kennedy
am 29. August 2020 an der Siegessäule vor Hunderttausenden deutschen Revolutionären der Demokratiebewegung

SIE WOLLEN DIE ZWANGSIMPFUNG

ZWÖLF PUNKTE EINES PLANS *aus bestimmter Feder*

1. Damit wir es nicht merken sollen, veranstalten Regierung und die ergebenen Medien ein Sperrfeuer gegen Fragen und Informations-Leaks. Dafür reichen ihr drei ständig wiederholte Kampfbegriffe: Fakten-Checks, Verschwörungstheorien, Corona-Leugner. Wenn das nicht reicht, werden alle Kritiker als Anti-Semiten, Rechts- oder Linksradikale oder Freunde Russlands verdächtigt.

2. Damit sich eine breite öffentliche Unterstützung für ein Gesetz zur Einführung der Zwangsimpfung findet, wird die Angst vor der angeblichen Corona-Pandemie durch tägliche Falschmeldungen am Leben erhalten: »Die Zahl der Fälle steigt hier an«. Das sind eindeutige Falschmeldungen. Erstens sind Fälle keine Erkrankungen, zweitens nehmen sie meist nur deshalb zu, weil die Zahl der Tests ständig erhöht wird. Mehr Tests = mehr »Fälle«. Die prozentuale Zahl der »Fälle« bleibt dagegen gleich oder sinkt.

3. Regierung und Medien vertrauen darauf, dass die meisten Bürger nicht die Zeit und das Interesse haben, die Statistiken des Robert-Koch-Instituts im Original zu verfolgen. Sie sehen daher nicht, dass deren Chef, der Tierarzt und Multifunktionär Wieler, uns bewusst täuscht.

4. Ergänzend halten einige Leitmedien (*Spiegel, Tagesspiegel* u.a.) unser Angst ständig hoch mit Berichten über schwer erkrankte Menschen, die sich für jedes Virus finden lassen. In keinen dieser Berichte wird offen gelegt, dass diese Medien von der Bundesregierung und der Gates-Stiftung Geld bekommen und daher nicht unabhängig berichten.

5. Gleichzeitig werden derzeit überall die Einrichtungen aufgebaut, mit denen wir zum Impfen gezwungen werden können, auch wenn wir uns wehren: An den Grenzen, an Flugplätzen und an Bahnhöfen werden Test-Stellen eingerichtet, die kontrollieren können, ob wir geimpft sind. Momentan, in der Testphase, wird alles noch als »freiwillig« deklariert. Wenn das System komplett ist, wird niemand mehr seine Geschäftspartner, Freunde und Verwandte besuchen können, der sich nicht hat impfen lassen.

6. Gleichzeitig fordern Regierungsmitglieder und Kommentatoren vieler Medien die Behörden auf, die Maskenpflicht und die Distanzregeln schärfer zu überwachen und Verstöße hoher zu bestrafen. Auch hier wieder legen die Medien nicht offen, dass sie von der Regierung und der Pharma-Industrie Geld bekommen.

7. Dies hat die erhoffte Wirkung. Nach jeder dieser Meldungen begrüßt die Bevölkerung strengere Maßnahmen und härteres Durchgreifen.

8. Wie wirksam diese Panik-Politik ist, kann man zum Beispiel an diesem Vorfall ablesen: Als der *Südkurier* vor zwei Wochen die Falschmeldung brachte, dass sich das Corona-Virus über acht Meter ausbreitet, haben auf dem Wochenmarkt sehr viel mehr Personen wieder Masken getragen als an der vorhergehenden Markttagen. Ihr Anteil ist von schätzungsweise 10 Prozent auf 50 Prozent hochgegangen. Der Südkurier bezog sich auf die Meldung, dass so etwas in einer Fleischfabriken vorkam, in der optimale Bedingungen für die Ausbreitung des Virus herrschen: 10 Grad und schlecht gefilterte Umluft. Nicht erwähnt hat diese Zeitung auch, dass es fraglich ist, ob diese Infizierten überhaupt infiziert waren. Es kam dem Redakteur offenbar nur darauf an, Angst zu verbreiten und die Menschen zum Tragen der Masken zu bringen.

9. Wer dieses Spiel durchschaut, erkennt einen Masterplan, der die Handschrift von Merkel, der »Königin der Macht« (*Der Spiegel*) trägt. Dieser Plan sieht offenbar vor, dass die Panik-auslösenden Statements nicht nur von einer Person ausgehen, sondern dass aus dem inneren Kreis der Merkel-Abhängigen immer ein anderer im Wechsel seinen Beitrag abliefern muss: Spahn, Wieler, Drosten, Altmaier, Braun und dann immer wieder auch Merkel, und dass diese Beiträge durch Kommentare und Umfragen in den Medien begleitet werden. Das stärkt den Anschein der Objektivität. Ein ebenso perfektes wie perfides Spiel.

10. Für dieses perfide Spiel schlägt die Stunde der Wahrheit, wenn die Regierung Gesetze einbringt, die eine Zulassung unsicherer und wenig wirksamer Impfmittel ermöglichen und die uns Bürger zwingen werden, diese Mittel an uns ausprobieren zu lassen.

11. Werden unsere Abgeordneten sich weiter ihrer Verantwortung entziehen, »Schaden vom deutschen Volk abzuwenden«, wie sie alle geschworen haben? Vermutlich wird die Merkel-Regierung die Abgeordneten mit der Fiktion einer »zweiten Welle« weiter unter Druck setzen.

12. Es werden immer mehr Bürger, die anfangen, sich bei unabhängigen Medien zu informieren (z.B. bei rubikon.news oder im Buch von Reiss und Bhakdi »Corona. Fehlalarm« oder in den Videos von Dr. Wodarg, Uli Gellermann und vielen anderen mehr), und die gegen diese Politik demonstrieren. Aber wo bleiben die (neuen) Politiker und die (neue) Partei, die uns bei der nächsten Wahl eine Wahl bietet?

Der Autor ist der Redaktion bekannnt; Universitätsprofessor, eingebunden in das engere Umfeld der Bundesregierung, möchte derzeit noch anonym bleiben

UNTEN: Preußisches Erbe. Ein letztes Aufgebot des Berliner Stadtgouvernements stellt sich in der Morgendämmerung gegen die demokratische Verfassungserneuerung.



DER FLOTTE TV-COP: POLITIK ALS SEIFENOPER

Das Stürmchen auf den Reichstag war inszeniert. Einer der fuchtelnden Polizisten ist sogar als Schauspieler bekannt. *Von Hermann Ploppa*

Das Stürmchen auf den Reichstag am 29. August war offenkundig von langer Hand vorbereitet. Das sieht man an einem bizarren Detail.

Als einige hundert mit Reichsflaggen bewaffnete Personen die Treppe zum Parlamentseingang hocheilen, stehen dort drei Polizisten, heldenhaft die Demokratie verteidigend. Einer von ihnen ohne Helm, damit man ihn auch wiedererkennt. Das ist Polizeibeamter Karsten Bonack. TV-Kameras holen sein Gesicht nahe heran, wie er angespannt herumfuchtelt.

Die Menschen draußen im Lande kennen ihn. Denn Bonack spielt auch in Vorabend-Fernsehserien wie »Achtung Kontrolle« einen Polizisten. Und *Stern-TV* hat ihn bei seiner sicher nicht einfachen Arbeit im Drogenkiez am Kottbusser Tor begleitet. Wer hat ihn denn jetzt hierher geholt, wo doch Personen- und Objektschutz nicht sein *Metier* ist?

Offenbar wussten die Verantwortlichen Einsatzleiter, dass es hier zu einem medial wichtigen Ereignis kommen würde, und haben sich gedacht, dass da ein telegener Typ die Show nur interessanter gestalten kann. Das ist *de facto* ein Eingeständnis, dass der Sturm auf den Reichstag von langer Hand vorbereitet wurde. Und da kommt auch der Eindruck unwillkürlich auf, dass diese alberne Veranstaltung von einer *Public-Relations*-Agentur geplant und koordiniert worden sein könnte.

POLITPROPAGANDA HAT KRIMINELLE TRADITION

Es wäre ja nicht das erste Mal, dass Agenturen der Öffentlichkeit politische Ziele vermitteln, die Politiker nicht offen verkünden können. Da war die Brutkastenlüge im Jahre 1990. Die USA wollten den Irak angreifen. Da fand sich eine angebliche Krankenschwesternhelferin. Die will gesehen haben, wie irakische Soldaten beim Überfall auf Kuwait Babys aus Brutkästen geschmissen und damit dem sicheren Tod überantwortet hätten. Das Ganze war eine Lüge, aber die Öffentlichkeit war reif für den Überfall der USA auf den Irak. Geplant und durchgeführt hatte die Kampagne die Werbeagentur Hill & Knowlton. Das bestreitet heute kein Historiker mehr, es ist bewiesen worden.

Schon 1917 sollte eine öffentlich-private Propagandaagentur namens *Council on Public Information* den US-Bürgern klar machen, dass ein Krieg gegen die Deutschen notwendig sei. Werbeprofis umgingen den Weg rationaler Überzeugung und appellierten an Urängste, als sie die Deutschen als King-Kong-Monster mit Pickelhauben hinstellten, die in Belgien Babys auf Bajonette aufspießten.

An der Story war kein Wort wahr, aber die amerikanischen Männer stürmten auf europäische Schlachtfelder. Seitdem wird Politik in den westlichen Ländern genauso verkauft wie Waschmittel. Und Adolf Hitler erweist sich als gelehriger Schüler, wenn er in seinem Buch »Mein Kampf« tatsächlich sagt, man müsse Politik nach genau denselben Regeln verkaufen wie man Seife verkauft. Das Prinzip zieht sich seither durch die Jahrzehnte. Bis vor einigen Jahren gab es allerdings noch eine klare Rollentrennung zwischen den Politiker-Persönlichkeiten und politischer Produktwerbung.

Als allerdings Gerhard Schröder als Dressman für den Modekonzern Armani auftrat, war auch diese Mauer geschleift. FDP-Chef Guido Westerwelle trat in der Billig-Serie *Big Brother* auf. Der Grüne Matthias Berninger war zunächst Staatssekretär bei Renate Künast. Um dann als Propagandist für Mars-Riegel die Ministerialbeamten in seinem ehemaligen Ministerium zu bearbeiten. Und Ronald Barnabas Schill, wegen seiner harten Urteile gegen arme Schlucker auch »Richter Gnadenlos« genannt, wurde von der Boulevardpresse hochgepuscht und avancierte sogar zum stellvertretenden Bürgermeister von Hamburg. Um dann in der Versenkung zu verschwinden. Dann wurde er zum Kasper des Unterschicht-Fernsehens (*Adam sucht Eva*). Politiker sind längst reine PR-Produkte der Massenmedien. Wenn sie, wie Ex-Bundespräsident Christian Wulff, es wagen, die Verschuldungspolitik der Europäischen Union öffentlich anzuklagen, kann man sie mit einer Medienkampagne in wenigen Wochen vernichten — wie zu erleben war.

Der Staat ist kaputtgespart und entkernt. Die Regierung wird heute von den Lobbyisten der Konzerne kontrolliert. Jens Spahn war früher Pharma-Lobbyist, um jetzt als »Gesundheits«-Minister 83 Millionen Bundesbürger als seine Ware an die Pharmakonzerne zu verkaufen. Selbst wenn private Werbeagenturen keine Kampagnen der Regierung ausführen, wird die Propaganda mittlerweile auch von öffentlichen Mitarbeitern im Stil von Werbekampagnen durchgeführt.

Ein abstoßendes Beispiel ist das im Sommer *geleakte* Arbeitspapier des Bundesinnenministeriums, in dem dazu aufgerufen wird, Kindern Angst zu machen mit der Vorstellung, wenn sie sich nicht die Hände wüschen, könnten sie ihre Eltern infizieren, und die würden dann vor ihren Augen und Ohren elend ersticken.

Und nun im Auftrag von *ARD* und *ZDF* das Computerspiel *Corona World*: »Das Game zur Krise!« O-Ton: »Überall lauern Infektionsgefahren. Nimm dich in Acht vor *Joggern, Party People, Preppern* und hochansteckenden Kindern. Schlage zurück, indem du deine Gegner desinfizierst!«



KINDERN SOLL ANGST GEMACHT WERDEN

Von wegen lancierte *Fake-News*. Steht so auf der offiziellen Seite des *Bayerischen Rundfunks*. Wo bleibt der Ethikrat? In früheren Zeiten wäre eine solche Entgleisung von zivilisierten Instanzen aufgehalten worden. Aber heute gibt es keine Distanz mehr zu Übergriffigkeiten der immer brutaler werdenden, um Aufmerksamkeit kämpfenden Werbeindustrie.

Die Corona-Politik der Bundesregierung ist pure *Public Relations*. Hier wird mit vagen Andeutungen gespielt, werden hemmungslos Bedrohungsszenarien an die Wand gemalt, die keinem Faktencheck Stand halten. Das führt dazu, dass die Bundesbürger, wie eine repräsentative Umfrage ergab, glauben, 11 Prozent ihrer Mitbürger seien mit SARS-Cov-2 infiziert. Tatsächlich sind lediglich 0,1 Promille der Bevölkerung positiv getestet worden. Eine beachtliche Leistung der Propaganda.



Abseits der kriminellen Regime-Propagada. Foto links: GEZ? Eine weitere Demokratin hat abgemeldet. Foto rechts: Mit Mozart gegen den Absolutismus — die Klassik entstand, als Musiker nicht mehr für barocke Hofschranzen spielen wollten, sondern für die Leute.

Die Fotos und viele weitere n dieser DW-Ausgabe entstanden am 29. und 30. August 2020 in Berlin im Zuge von »Berlin invites Europe«, als sich Hunderttausende Bundesbürger und Freunde aus aller Welt demokratisch versammelten. Der Bildband »2 Tage in Berlin« erscheint dieser Tage im Driediger Verlag Georgsmarienhütte, mit den Fotographien von Hannes Henkelmann und einem Vorwort von Anselm Lenz.

Schauspielernde Polizisten, Politiker als mediale Werbepuppen, Wissenschaftler als marktschreierische Propagandisten für Pharma-Produkte. Jens Spahn demnächst im Dschungelcamp? — Es ist genug. Wir brauchen wieder echte, handgemachte und ehrliche Politik von den Menschen für die Menschen. Und es sieht so aus, als wenn wir auch das selber herbeiführen müssen. Wir brauchen keine Darsteller, sondern erste Diener des Volkes. So einen wie Uruguays früheren Präsidenten José Mujica, der im alten Klapper-VW ins Präsidentenpalais gefahren ist und sich bei den Kassenärzten schön in die Reihe gestellt hat bis er dran war. Fangen wir an!

Vier Kurven, die zeigen, wie schlimm Corona noch ist

Fortsetzung von Seite 1

Von FILIPP PIATOV

Berlin – **Sie bestimmen, ob Deutschland dichtmacht oder Einrichtungen und Geschäfte offen bleiben: die Corona-Infektionszahlen!**

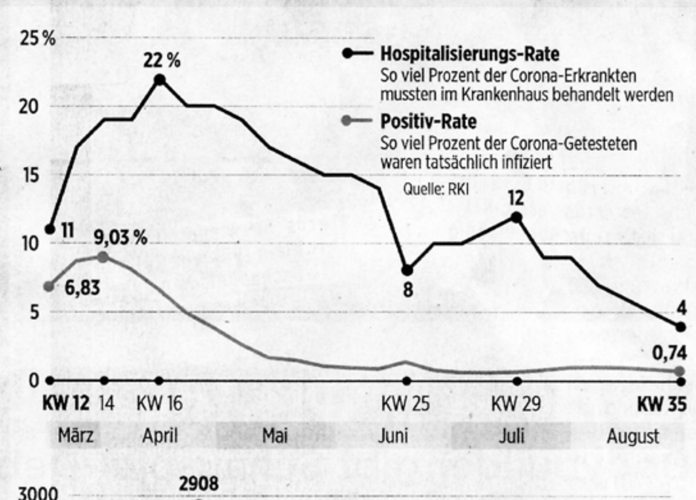
„Hohe Infektionszahlen erfordern und legitimieren andere Maßnahmen als niedrige Infektionszahlen", heißt es drohend im neuesten Beschluss von Kanzlerin Angela Merkel (66, CDU) und den Ministerpräsidenten.

Aber sind die Infektionszahlen wirklich der EINZIGE Gradmesser für die Corona-Gefahrenlage?

Fakt ist: Der Anstieg der gemeldeten Infektionen wurde nicht nur von Reiserückkehrern und neuen Corona-Hotspots getrieben, sondern auch von der Ausweitung der Tests. Seit Anfang Juli hat die Regierung die Zahl der Corona-Tests von rund 500 000 pro Woche auf mittlerweile über 1,1 Millionen mehr als verdoppelt.

„Die Infektionszahlen sind weiterhin ein guter Indikator für die Dynamik der Pandemie", sagt Virologe Dr. Michael Stürmer (51) zu BILD. ABER: „Die Politik darf es sich allerdings nicht zu einfach machen und nur einen Parameter in den Vordergrund stellen. Auch die belegten Intensivbetten oder die Positivrate sind wichtige Kennziffern."

BILD sagt, welche Zahlen mindestens genauso wichtig sind!



HOSPITALISIERUNGSRATE

Diese Kennziffer gibt an, wie viele Corona-Kranke im Krankenhaus behandelt werden müssen. Die Entwicklung ist eindeutig: Die Hospitalisierungsrate ist von 22 % im April auf mittlerweile 4 % gefallen.

Heißt: Der Anteil der schweren Corona-Fälle sinkt immer weiter!

BELEGTE INTENSIVBETTEN

Die Anzahl der intensivmedizinisch behandelten Corona-Patienten gibt Auskunft darüber, ob unser Gesundheitssystem – wie im Frühjahr befürchtet – vor dem Kollaps steht. Trotz des Anstiegs der Infektionen blieb diese Zahl niedrig – und sank sogar. Gestern lagen 218 Corona-Patienten auf der Intensivstation.

TODESFÄLLE

In der Hochzeit der Pandemie meldete das RKI z.T. über 2000 Corona-Tote pro Woche. Seit Monaten sind die Todesfälle jedoch auf extrem niedrigem Niveau. Seit Anfang Juli hat das RKI in keiner Woche mehr als 50 Corona-Tote vermeldet, zuletzt waren es zwischen 20 und 30 pro Woche.

Zur Einordnung: In den vergangenen Jahren starben in Deutschland im Juli jede Woche jeweils ca. 16 000 Menschen. Statistisch ist die Sterblichkeit durch Corona derzeit nicht signifikant.

POSITIV-QUOTE

Wenn der Anteil der positiv getesteten Menschen steigt, wird die Corona-Pandemie bedrohlicher. Die Realität ist: In der letzten Augustwoche waren von über 1,1 Millionen Corona-Tests nur 8178 positiv – eine Positivrate von 0,74 %. Ein Grund: die starke Ausweitung der Tests. **Zum Vergleich: Im Frühjahr waren es noch knapp 10 %, seit Ende Juni lag die Rate nicht mehr über 1 %.**

LINKS: Mainstream-Presse zeitigt auf Druck der explodierenden Auflagenzahlen der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand erste Einsprengsel seriöser Berichterstattung: Bild*-Blatt vom 7. September 2020*



SCHILD LINKS: Ein Demokrat macht klar, dass es mit medialen Zugeständnissen nicht getan sein wird. Am 1. und am 29. August versammelten sich je Hunderttausende in Berlin für die Friedliche Revolution 2020 und die Verfassungserneuerung.

UNTEN: Liebe, Hoffnung und Popkultur auf der Seite der Demokratiebewegung und nicht bei der verhärmten Herrschaftskaste.



Seit dem 28. März 2020 auf dem Rosa-Luxemburg-Platz zu Berlin erkämpfte die Demokratiebewegung das Versammlungsrecht zurück. Dieses nutzten am Mittwoch, dem 9. September, rund 17.000 für die Veranstaltungsbranche, um auf die umfassende Zerstörung des Arbeitsumfeldes hinzuweisen (s. alarmstuferot.org) | *Collage: Jill Sandjaja*

Feuilleton

Die »Nazis« sind wir…
VON DEN HILFLOSEN ZUSCHREIBUNGEN EINES UNTERGEHENDEN REGIMES *schreibt Teer Sandmann*

Sie setzen Grundrechte aus, regieren per Dekret und ermächtigen sich selbst. Gesetze weichen ab. Von der Verfassung, vom Verstand. Kaum verkündigt, treten sie in Kraft. Schnell geht‘s, in Windeseile. Die Gefährder sind wir.

Sie setzen in Quarantäne, schließen Geschäfte, Schulen, verbieten das Singen, sperren Spielplätze, Theater, das Denken. Ein Feind ist erkannt, ein Krieg nötig und die Deserteure sind wir. Sie verdecken ihre halben Gesichter, auf das nichts Krankes dem Munde entfährt. Nichts, das stört, nichts, was erinnert: an einen Menschen von früher mit Seele und Leib. Und der Hauptmann mit Turnschuh schlägt aufs Podest, spricht: »Ordnung, Ordnung, Ordnung.« Seine Kleidung casual, sein Auftritt smart. Die Militanten sind wir.

Sie nehmen Produkte aus den Regalen, von jenen, die nicht gestehen, rufen zum Boykott. Rapunzel zum Beispiel. Und sie zeigen auf die schwarzen Schafe. Nein, nicht immer schweigen die Lämmer: Spricht man vor, was zu sprechen sei, so brüllen sie durch alle Masken. Und sie schreiben über das, was abfällt und ausschlägt. Schreiben aus einem Guss. Und sie preisen den großen Bund aus Ärzten und Pflegerinnen (tatsächlich, ich mochte es nicht glauben) im hehren Kampf gegen das Virus, lassen den Sozialismus auferstehen, Träume, Halluzinationen, vom Kapital kein Wort. Und die Leugner sind wir. Sie testen dich, automatisch, prozessoptimiert. Glatt, schmerzlos, digital. Sie streichen den Willen und züchten den Menschen als des Menschen Feind. Virenmaschine. Todesträger. Die Kranken sind wir. Sie versprechen Abhilfe: Impfung, Tracking, Gummibärchen. Getötet wird keiner und die Gefährder sind wir. Sie sprechen vom gesunden Körper und höhlen ihn aus. Als Teil eines Ganzen strotzt er maschinengleich: Teil der Stärke, Teil der Kraft, die stets das Böse will und das Gute schafft. Hygienisch. Rein. Virenlos. Die Kranken sind wir.

Sie sagen: »In der Auseinandersetzung mit den Infektionsschutzgegnern müssen neue Saiten aufgezogen werden.« Sie sagen: »Da kann auch mal der Einsatz von Waffenwerfern geboten sein.« So sagen sie. Diese Gegner sind wir. Für das Foto aber neben seinem Aufruf zieht der Chefredaktor die Maske herunter und wir fühlen uns wie in Stahlgewittern. Sie tun das Heil im Namen des Heils und vollziehen den Schutz zum Schutz des Schutzes. Und wer genau hinhört, erblasst ob der Sprache: Ungeziefer, Unkraut. Doch jene sind wir.

Sie schreiben Stellen aus. Zur Betreuung von Kindern, aus Familien entfernt. Teufelswerk der Diakonie. Bespaßung inklusive. Netflix von der sechsten bis neunten Stund der Finsternis. Das Unkraut aber (herrgott, wer liest diese Ausschreibung so falsch?), das Unkraut hat Namen: Gottesleugner. Coronaleugner. Ketzer. Kein Heil ohne Unheil. Das Unheil sind wir. Sie lauschen den Visionen einer Welt, in der das Glück groß ist, groß und technisch und sonst alles ganz klein. Der Mensch am kleinsten mit seiner Würde. Klein und bequem und einfach und ohne Leid und alles nur ein Klick mit dem Finger: die Liebe, die Lust, die Arbeit, der Traum. Plastikkindheit, Erfolgsgeschichten, Playmobil. Bloß keine Märchen. Sie lauschen den Visionen der Visionäre, gehalten an den heiligen Stätten zu Davos und im Silicon Valley. Und wer verweigert, ist krank. Die Kranken sind wir. Sie bauen an einem Imperium des Glücks, der Mensch aufgehoben in Produktionsketten und Algorithmen, sein Körper zum Gerät mutiert. Sie bauen an einem digitalen Reich, smart, gläsern, den Tod überwindend und Raum und Zeit, und nennen es Global Governance. Die Reichsbürger aber sind wir.

Ist alles Lager, gibt es kein Lager. Ist alles Inszenierung, ist der Film weg. Nur Wahrheit. Endlose Wahrheit und ein Dröhnen. Und wer nicht hören will, muss fühlen. Manchmal indes, seltsam genug, hört man Knochen brechen. Und Seelen. Dann Wasserwerfer. Knüppel. Gummischrot. Sei achtsam, wer ein Auge bloß noch hat. Sie sagen: »Wir müssen aufeinander aufpassen.« Und so passt, als wär‘s die Bestimmung, jeder auf den anderen auf. Und der andere auf jeden. Das Leben ist ein Aufpassen und das Aufpassen ist der Schlüssel zum Erfolg und der letzte Sprechakt zugleich. Wer aufpasst und genau hinschaut, wie viele sich setzen zu Tische in der Wohnung des Nachbarn und wer da zählt in absoluten Zahlen, dem gebührt alle Ehre und seine Wege sind frei.

Und sie sagen, wir müssen uns teilen, uns fernhalten, denn die neue Solidarität ist die Distanz. Das Stehen auf Balkonen und hintern Fenstern. Jede für sich. Jeder allein. Der Natur ausgesetzt und ihren Gesetzen (aber niemals Kapital und Konzernen). So sieht sie aus: die neue Normalität und die Ketzer sind wir. Denn sie glauben an die Kraft der Masken, durch nichts belastet, durch nichts belegt. Und das Fehlen des Belegs ist die Freiheit und zaubert den Glanz auf den Schutz. Und sie glauben an den Abstand, durch nichts belastet, durch nichts belegt, täglich beschworen. Sie glauben an die Toten, gefeiert in stündlicher Andacht, verkündet in fetten Lettern, mit schrillen Stimmen. Sie glauben und glauben und tragen die Logik zu Grab. Ein Ritual, wahrlich ergreifend. Die Esoteriker aber sind wir...

Mehr auf demokratischerwiderstand.de



Foto: Anhänger der Republik fordern die Rückkehr des Rechtsstaats, Freitag, 28. August vor dem Brandenburger Tor bei einer Kundgebung | *Hannes Henkelmann*

Fünf Minuten Rechtsphilosophie
EIN BILDUNGSKLASSIKER *von Gustav Radbruch*

Erste Minute

Befehl ist Befehl, heißt es für den Soldaten. Gesetz ist Gesetz, sagt der Jurist. Während aber für den Soldaten Pflicht und Recht zum Gehorsam aufhören, wenn er weiß, dass der Befehl ein Verbrechen oder ein Vergehen bezweckt, kennt der Jurist, seit vor etwa hundert Jahren die letzten Naturrechtler unter den Juristen ausgestorben sind, keine solchen Ausnahmen von der Geltung des Gesetzes und vom Gehorsam der Untertanen des Gesetzes. Das Gesetz gilt, weil es Gesetz ist, und es ist Gesetz, wenn es in der Regel der Fälle die Macht hat, sich durchzusetzen. Diese Auffassung vom Gesetz und seiner Geltung (wir nennen sie die positivistische Lehre) hat die Juristen wie das Volk wehrlos gemacht gegen noch so willkürliche, noch so grausame, noch so verbrecherische Gesetze. Sie setzt letzten Endes das Recht der Macht gleich: nur wo die Macht ist, ist das Recht.

Zweite Minute

Man hat diesen Satz durch einen anderen Satz ergänzen oder ersetzen wollen: Recht ist, was dem Volke nützt. Das heißt: Willkür, Vertragsbruch, Gesetzwidrigkeit sind, sofern sie nur dem Volke nützen, Recht. Das heißt praktisch: was den Inhaber der Staatsgewalt gemeinnützig dünkt, jeder Einfall und jede Laune des Despoten, Strafe ohne Gesetz und Urteil, gesetzloser Mord an Kranken sind Recht. Das kann heißen: der Eigennutz der Herrschenden wird als Gemeinnutz angesehen. Und so hat die Gleichsetzung von Recht und vermeintlichem oder angeblichem Volksnutzen einen Rechtsstaat in einen Unrechtsstaat verwandelt. Nein, es hat nicht zu heißen: alles, was dem Volke nützt, ist Recht, vielmehr umgekehrt: nur was Recht ist, nützt dem Volke.

Dritte Minute

Recht ist Wille zur Gerechtigkeit. Gerechtigkeit aber heißt: ohne Ansehen der Person richten, an gleichem Maße alle messen. Wenn die Ermordung politischer Gegner geehrt, der Mord am Andersrassigen geboten, die gleiche Tat gegen die eigenen Gesinnungsgenossen aber mit den grausamsten, entehrendsten Strafen geahndet wird, so ist das weder Gerechtigkeit noch Recht. Wenn Gesetze den Willen zur Gerechtigkeit bewusst verleugnen, z.B. Menschenrechte Menschen nach Willkür gewähren und versagen, dann fehlt diesen Gesetzen die Geltung, dann schuldet das Volk ihnen keinen Gehorsam, dann müssen auch die Juristen den Mut finden, ihnen den Rechtscharakter abzusprechen.

Vierte Minute

Gewiss, neben der Gerechtigkeit ist auch der Gemeinnutz ein Ziel des Rechts. Gewiss, auch das Gesetz als solches, sogar das schlechte Gesetz, hat noch immer einen Wert – den Wert, das Recht Zweifeln gegenüber sicherzustellen. Gewiss, menschliche Unvollkommenheit lässt im Gesetze nicht immer alle drei Werte des Rechts: Gemeinnutz, Rechtssicherheit und Gerechtigkeit, sich harmonisch vereinigen, und es bleibt dann nur übrig, abzuwägen, ob dem schlechten, dem schädlichen oder ungerechten Gesetze um der Rechtssicherheit willen dennoch Geltung zuzusprechen, oder um seiner Ungerechtigkeit oder Gemeinschädlichkeit willen die Geltung zu versagen sei. Das aber muss sich dem Bewusstsein des Volkes und der Juristen tief einprägen: es kann Gesetze mit einem solchen Maße von Ungerechtigkeit und Gemeinschädlichkeit geben, dass ihnen die Geltung, ja der Rechtscharakter abgesprochen werden muss.

Fünfte Minute

Es gibt also Rechtsgrundsätze, die stärker sind als jede rechtliche Satzung, so dass ein Gesetz, das ihnen widerspricht, der Geltung bar ist. Man nennt diese Grundsätze das Naturrecht oder das Vernunftrecht. Gewiss sind sie im Einzelnen von manchem Zweifel umgeben, aber die Arbeit der Jahrhunderte hat doch einen festen Bestand herausgearbeitet, und in den sogenannten Erklärungen der Menschen- und Bürgerrechte mit so weitreichender Übereinstimmung gesammelt, dass in Hinsicht auf manche von ihnen nur noch gewollte Skepsis den Zweifel aufrechterhalten kann. In der Sprache des Glaubens aber sind die gleichen Gedanken in zwei Bibelworten niedergelegt. Es steht einerseits geschrieben: Ihr sollt gehorsam sein der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat. Geschrieben steht aber andererseits auch: Ihr sollt Gott mehr gehorchen als den Menschen – und das ist nicht etwa nur ein frommer Wunsch, sondern ein geltender Rechtssatz. Die Spannung aber zwischen diesen beiden Worten kann man nicht durch ein drittes lösen, etwa durch den Spruch: Gebet dem Kaiser was des Kaisers und Gott was Gottes ist – denn auch dieses Wort lässt die Grenzen im Zweifel. Vielmehr: es überlässt die Lösung der Stimme Gottes, welche nur angesichts des besonderen Falles im Gewissen des Einzelnen zu ihm spricht.

VERHALTEN UND KÖRPER IM VISIER DES KAPITALS

Exklusiver Vorabdruck im *DW*: »Lockdown 2020. Wie ein Virus dazu benutzt wird, die Gesellschaft zu verändern.« ***Von Hannes Hofbauer und Andrea Komlosy***

Im Gefolge weltweiter Lockdown-Maßnahmen ist eine ökonomische Logik erkennbar. Der vordergründig wirr und verzweifelt wirkende staatliche Eingriff treibt ganze Branchen und viele eigentümergeführte Unternehmen in den Ruin, dient zugleich aber als Schrittmacher einer Wende menschheitsgeschichtlichen Ausmaßes. Es ist mehr, als ein einfacher Zyklenwechsel von einer Abschwung- in eine Aufschwungsphase nach durchstandener Krise erwarten lässt. Der Lockdown 2020 beschleunigt den Übergang vom Industriezeitalter in ein neues, kybernetisches Zeitalter im Sinne einer Mensch-Maschine-Verbindung.

Das auf Sars-CoV-2 getaufte Virus ist dafür in doppelter Hinsicht zu einem Instrument geworden. Mit den autoritär verfügten Maßnahmen zu seiner Eindämmung wurden einerseits der Staat oder besser: seine exekutiven Organe enorm gestärkt und andererseits neuen Leitbranchen der Weg geebnet. Nur diese enge Verbindung von Staat und Kapital ist in der Lage, historische Änderungen im Akkumulationsregime zu bewerkstelligen. Dass es ausgerechnet ein Virus bzw. – genauer – seine Bekämpfung war, die dies bewerkstelligen kann, ist kein Zufall. Denn zum einen stößt die herrschende ressourcenverschleudernde Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft an ihre Grenzen – auch im physischen Sinn. Die Zurückdrängung der Wildnis bei gleichzeitigem Vordringen der Massentierhaltung erleichtert viralen Erregern das Überspringen der Mensch-Tier-Schranke, sodass Seuchenbildungen häufiger werden. Zum anderen arbeitet der biotechnisch-pharmazeutische Komplex – wie sein erfolgreicher Vorgänger, der militärisch-industrielle Komplex – konsequent an seinem Aufstieg. Nun scheint der Durchbruch zu gelingen.

Von allergrößter Bedeutung dafür war, die Gefährlichkeit des Virus zu überhöhen, Angst und Panik zu verbreiten und damit möglichen Widerstand hintanzuhalten. Die Ortung des Feindes entspricht der eines Kriegsgeschehens, ausgerufen von der Politik und herbeigeschrieben von meinungsbildenden Medien. Als vielfach unterschätzte internationale Drehscheibe dieses Krieges muss die Weltgesundheitsorganisation (WHO) geoutet werden, die sich in den vergangenen Jahrzehnten von einem internationalen Aufsichts- und Wachorgan zu einer Interessensvertretung pharmazeutischer Großkonzerne entwickelte.

VON DER VERWERTUNG DER ARBEITSKRAFT ZUR VERWERTUNG VON KÖRPER UND ERFAHRUNG

Der Weltwirtschaftskrise 2008 folgte eine lang andauernde Verwertungskrise des Kapitals. Ab Ende 2017 gingen die Produktionszahlen nach unten. Im Euro-Raum sank die industrielle Produktion im Dezember 2019, verglichen mit Dezember 2018, um 4,1 %, das gesamte Jahr 2019 brachte einen Einbruch von 1,7 % gegenüber 2018.1 Und in einem der wichtigsten alten Industriesektoren, der Automobilherstellung, war der Höhepunkt des Wachstums in den USA und Deutschland bereits 2016 und in China 2017 überschritten; ab 2018 ging es bergab. Mit anderen Worten: Der Industriekapitalismus steckte schon längere Zeit in der Krise, bevor der Lockdown diese in extremer Weise zuspitzte. Die Auftragslage der europäischen Industrie brach daraufhin in sich zusammen. In Deutschland sank sie zwischen Januar und April 2020 um unglaubliche 38 %. Weltweit verloren Hunderte Millionen Menschen ihre Arbeit. Und das Welternährungsprogramm der UNO schätzte bereits im April 2020, dass die Auswirkungen der Corona-Krise zu einer Verdopplung des Hungers in der Welt führen werden. In Menschenleben gerechnet: Statt der 135 Millionen Hungernden im Jahr 2019 wird deren Zahl auf 235 Millionen im Jahr 2020 ansteigen. Der Kapitalismus steckte seit 2008 in einer zyklischen Krise, die 2020 in nie zuvor dagewesener Art und Weise explodierte.



Eine niederländische Familie demonstriert für ein wahrhaft demokratisches Europa. Tausende Europäer waren am 29.08. nach Berlin gereist.

Grundsätzlich kommen als Lösung bei Verwertungskrisen des Kapitals drei Möglichkeiten infrage: Rationalisierung, Spekulation oder Markterweiterung. Rationalisierungen können mittels technischer Innovationen oder Kostensenkung durch Personaleinsparungen erfolgen. In die Sphäre der Spekulation weicht Kapital dann aus, wenn die sogenannte Realwirtschaft keine entsprechende Rendite verheißt. Markterweiterung findet in Form territorialer Expansion statt, die sowohl mittels Krieg oder durch ökonomischen Ausgriff – wie zuletzt im europäischen Kontext durch die EU-Osterweiterung – herbeigeführt werden kann. Markterweiterung spielt sich jedoch auch jenseits von Territorialitätsgewinn ab. Sie findet dann in zuvor nicht kapitalisierten Bereichen statt; im großen Stil geschieht das seit den 1990er-Jahren in der Daseinsvorsorge, wo zuvor ausschließlich staatlich oder gemeinschaftlich verwaltete Versicherungs- und Rentenmodelle sowie Gesundheit- und Pflegeeinrichtungen einer Privatisierung anheimfallen. Nun greift die Verwertung direkt auf den menschlichen Körper als solchen, sein Verhalten und seine Erfahrung zu.

In dieser Kommodifizierung von Körper und Erfahrung sehen wir eine kapitalistische Antwort auf die strukturelle Verwertungskrise. Die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung eines Virus unterstützen diesen Umbruch, aus dem neue Leitsektoren hervorgehen. Historisch passend zur Transformation der Wachstumsmotoren und der kapitalistischen Aneignungsform steht die Welt vor einer geopolitischen Verschiebung vom transatlantischen Zentralraum hin zur chinesischen Dominanz, sei sie hegemonial oder in einem noch auszuhandelnden multipolaren Rahmen. Die chinesische Wirtschaftsdynamik gibt dabei den Takt an. Auch die enge Verzahnung von Staat und Kapital in der Phase der Herausbildung eines neuen Akkumulationszyklus, dessen Durchsetzung politisch autoritär begleitet wird, folgt dem Pekinger Vorbild.

Das bisher herrschende kapitalistische Gesellschaftsmodell fußt auf der menschlichen Arbeitskraft bzw. deren Ausbeutung. Ihre Aneignung über den Mehrwert gilt nicht nur in marxistischer Sichtweise als Schwungrad der Kapitalakkumulation, als Triebkraft des Profits. Im Zuge der kybernetischen Wende geraten zunehmend das menschliche Verhalten, seine Erfahrungen sowie der menschliche Körper in den Verwertungsprozess. Sie verbinden sich mit der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft als Quelle der Aneignung und lösen diese in ihrer Bedeutung sukzessive ab.

MENSCHLICHES VERHALTEN ALS VERWERTBARER ROHSTOFF

Die schiere Datenmenge, die jede und jeder von uns tagtäglich über digitale Kanäle an deren Betreiber liefert, bilden den Rohstoff, aus dem ein neuer Akkumulationsschub entsteht. Gratis und »freiwillig« bzw. per Androhung des Ausschlusses aus gesellschaftlichen Bereichen entstehen bei jeder Kommunikation im Netz menschliche Profile, die milliardenfach zusammengeschnürt hohe Profitraten versprechen und damit dem Kapitalismus einen Weg aus der Krise weisen. Zwar existiert dieses Geschäftsmodell, bei dem entsprechende Datensammler wie Google oder Facebook monopolartig agieren, bereits seit 15 bis 20 Jahren; doch im Zustand des Corona-Lockdowns hat sich die Datenablieferung vervielfacht und beschleunigt. Online-Käufe, Bestelldienste, Kommunikationsplattformen und digitale Bezahlsysteme konnten durch Ausgangssperren und Distanzgebote einen staatlich verordneten Anschub verbuchen, der – den Umständen entsprechend – als alternativlos dargestellt wurde. Auch im Homeoffice, auf Videokonferenzen und beim digitalen Lernen und Lehren brummte das Geschäftsmodell der Datensammler. So wurde den Menschen ein Verhalten aufgezwungen, bei dem sie notgedrungen Bedürfnisse, Erfahrungen und Verhaltensweisen offenlegen. Diese sind der Rohstoff für ein neues Akkumulationsmodell, das auch nach dem Einüben im Lockdown den Post-Corona-Alltag bestimmen wird.

Der Plattform-Kapitalismus verwandelt Erfahrungswissen in Marktwissen und Kontrollwissen. Das durch die Auswertung von Verhaltens- und Nachfragedaten entstandene Wissen über die NutzerInnen bietet die Grundlage zur Entwicklung von neuen Produkten und und personalisierten Angeboten, die maßgeschneidert an Bedürfnisse angepasst werden. Die Erfahrungen von Hunderten Millionen Menschen dienen im Plattform-Kapitalismus zur Kommodifizierung, das heißt Verhaltensweisen werden in Ware umgesetzt, die gezielt an Unternehmen (oder auch an Einzelkunden) verkauft wird. Die gelieferten Daten haben aber noch eine weitere Funktion. Sie dienen der Kontrolle im Sinne von individueller und gesellschaftlicher Optimierung, angefangen vom Wohlergehen des Einzelnen über die Volksgesundheit bis zur totalen Überwachung. »Anstatt von Arbeit nährt der Überwachungskapitalismus sich von jeder Art menschlicher Erfahrung«, schreibt dazu die US-amerikanische Ökonomin Shoshana Zuboff.

Die Teile 2 und 3 erscheinen in DW N°19 und 20.

Hannes Hofbauer ist Verleger, Journalist und Autor. Andrea Komlosy ist Historikerin und Publizistin in Wien. Sie trug u.a. bei zu den Anthologien »Sag alles ab!« (Edition Nautilus, Hamburg 2015) und »Das Kapitalismustribunal« (Passagen Verlag, Wien 2016).



Lockdown 2020. Wie ein Virus dazu benutzt wird, die Gesellschaft zu verändern, herausgegeben von Hannes Hofbauer und Stefan Kraft im Promedia Verlag Wien, erscheint Anfang Oktober.

Sozialismus für die Reichen

EINE EINORDNUNG der weltweiten Corona-Wirtschaftspolitik *von Ernst Wolff*

Wir befinden uns im September des Jahres 2020 und in einer außergewöhnlichen und überaus bedrohlichen Situation.

Wir haben es zurzeit auf der einen Seite mit der schärfsten Rezession der Neuzeit zu tun und auf der anderen Seite mit Finanzmärkten, die so boomen, als sei alles in bester Ordnung. Das wirkt auf den ersten Blick wie ein Widerspruch, ist aber keiner, dafür aber der Vorbote einer für uns alle höchst gefährlichen Entwicklung. Sehen wir uns zuerst einmal an, wie wir in diese Lage geraten sind.

EINE KLEINE BESTANDSAUFNAHME

Das globale Finanzsystem ist nach der Krise von 2007/08 nur durch das Eingreifen der Zentralbanken am Leben erhalten worden, die Hunderte von Milliarden in das System hineingepumpt und anschließend weltweit mehr als 700 Mal die Zinsen gesenkt haben.

Das Geld ist allerdings nicht in die Realwirtschaft geflossen oder an die gegangen, die von der Krise am schwersten betroffen waren, sondern fast ausschließlich in die Spekulation an den Finanzmärkten gewandert und hat dazu geführt, dass wir über 12 Jahre trotz schleppender Wirtschaftsentwicklung einen durchgehenden Aufwärtstrend an den Finanzmärkten erlebt haben.

In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres zeichnete sich dann immer deutlicher eine Rezession ab, die diesen Trend ins Stocken brachte. Und im März dieses Jahres ist der Ölpreis stärker eingebrochen als je zuvor und hat die Märkte mit sich nach unten gerissen.

IST ES AUCH WAHNSINN, SO HAT ES DOCH METHODE

Daraufhin hat man aber nicht etwa gegengesteuert und versucht, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, sondern genau das Gegenteil getan: Man hat sie durch den *Lockdown* zum ersten Mal überhaupt rund um den Globus fast komplett abgewürgt – mit der Folge, dass die Aktienmärkte schneller und stärker abgestürzt sind als 1929.

Diesen bewusst herbeigeführten Absturz haben die Zentralbanken dann zum Anlass genommen, um die bis dahin größten Summen aller Zeiten ins globale Finanzsystem zu pumpen. Das wiederum hat dazu geführt, dass die sechs größten Digitalkonzerne der Welt ihre ohnehin monopolartige Stellung sowohl im Wirtschaftssektor als auch an den Finanzmärkten weiter ausbauen konnten. Hier ein paar Zahlen:

Der Aktienkurs von Alphabet (dem Mutterunternehmen von Google) ist zwischen Januar und Ende Juli 2020 um 17 Prozent, der von Microsoft um 38 Prozent und der von Facebook um 45 Prozent gestiegen. Netflix hat es auf 66, Apple auf 68,5 und Amazon auf 81 Prozent gebracht.

Dazu haben wir mehrere Weltrekorde erlebt: Apple ist seit vergangener Woche der erste Konzern der Welt mit einem Börsenwert von über 2 Billionen Dollar. Auch die Geldgeber im Hintergrund haben kräftig profitiert. Jeder fünfte seit März von der FED geschaffene Dollar ist in die Tasche US-amerikanischer Milliardäre geflossen und hat dafür gesorgt, dass das Vermögen der 12 reichsten von ihnen seit Mitte August auf mehr als 1 Billion Dollar angewachsen ist.

UNDEMOKRATISCHER GESELLSCHAFTSUMBAU

All das ist passiert, während gleichzeitig Millionen von Menschen sowohl in den USA als auch in den übrigen Industrie-





»Stille Einfalt, edle Größe.« Der Irrationalität und Gewalt des Regimes stellt diese Demokratin unteilbare Friedlichkeit entgegen.

ländern ihren Arbeitsplatz und viele von ihnen ihre Existenzgrundlage verloren haben. Noch schlimmer sieht es in den Schwellenländern aus: Nach Auskunft der International Labour Organisation ist das Einkommen von 1,6 der zwei Milliarden Menschen, die irregulär, also ohne Verträge arbeiten, im weltweiten Durchschnitt um 60 Prozent eingebrochen, in Afrika und Lateinamerika sogar um mehr als 80 Prozent.

Der von den Regierungen bewusst herbeigeführte Lockdown und die anschließende Geldpolitik der Zentralbanken haben also am einen Ende der Gesellschaft einen historischen Prozess der Vermögens- und Machtkonzentration zugunsten der großen IT-Konzerne und am anderen Ende der Gesellschaft eine humanitäre Katastrophe von unvorstellbarem Ausmaß ausgelöst. Und das ist erst der Anfang.

Der Einsatz von Home-Office, Home-Schooling, von selbstfahrenden Autos, Arbeitsrobotern, 3D-Druckern und die flächendeckende Einführung der Biometrie bis hin zur direkten Vernetzung von Mensch und Technik – also das gesamte Spektrum der Digitalisierung – wird Millionen und Abermillionen weiterer Jobs überflüssig machen, und das schon sehr bald.

Das aber kann die menschliche Gesellschaft in ihrer heutigen Form nicht verkraften. Die ohnehin restlos überschuldeten Staaten werden wegen der Explosion der durch die Arbeitslosigkeit erforderlichen Sozialausgaben zu Austeritätsprogrammen greifen müssen, die alles bisher Gesehene in den Schatten stellen und mit Sicherheit zu gewaltigen sozialen Verwerfungen führen werden, die dann wohl kaum noch von Polizei oder Militär zu beherrschen sein werden.
Was dann? Wird unsere Gesellschaft im Chaos enden und in Bürgerkriegen versinken? Diese Frage dürften sich die Mächtigen auch schon gestellt haben, denn es gibt von ihnen bereits eine Antwort darauf. Sie heißt: Totale Kontrolle mithilfe digitalen Geldes.

FOLGE DER SPUR DES GELDES

Alle großen Zentralbanken und alle großen IT-Konzerne arbeiten zurzeit an der Entwicklung neuer, bargeldloser Zahlungsmöglichkeiten. Zwei Konzepte spielen dabei ein wichtige Rolle: das Helikoptergeld und die digitale Zentralbankwährung.

Da Arbeitslose ja kein Geld verdienen und daher als Konsumenten ausfallen, wird man ihnen zwangsläufig Geld zur Verfügung stellen müssen, um so die Nachfrage in der Wirtschaft anzukurbeln. Dieses Geld wird man beschönigend »bedingungsloses Grundeinkommen« nennen, obwohl es an die Bedingung geknüpft sein wird, dass die Empfänger es umgehend in den Konsum stecken und nicht etwa sparen.

Um sicherzustellen, dass das Geld wie gewünscht eingesetzt wird, werden die Zentralbanken es den Empfängern direkt und in digitaler Form zuteilen. Das heißt: Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger werden zum Beispiel auf ihren Handys eine Wallet erhalten, auf der sie ihre Zahlungen entgegennehmen und weiterleiten können. Damit aber wäre die Büchse der Pandora geöffnet, denn damit wäre der erste Schritt in Richtung einer vollkommenen Umgestaltung unseres bisherigen Geldsystems getan, die zurzeit – von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet – von den Zentralbankern vorangetrieben wird – die digitale Zentralbankwährung.

TOTALITÄRE KONTROLLE MIT DIGITALER ZENTRALBANKWÄHRUNG

Der Plan sieht vor, das klassische Einlagengeschäft der Banken komplett zu kippen, jedem Bürger nur noch ein Konto bei der Zentralbank zuzuteilen und sämtliche Geldgeschäfte bargeldlos darüber abzuwickeln. Dass es sich dabei nicht um ferne Zukunftsmusik handelt, zeigen unter anderem die aktuelle Zurückdrängung des Bargeldes, die rasant fortschreitende Schließung von Bankfilialen und das Beispiel China, das am 16. April dieses Jahres – also mitten in der Corona-Krise – mit der Einführung dieses neuen Geldes begonnen hat.

Niemand kann momentan sagen, wann man diese Pläne bei uns umsetzen wird, aber man muss sich über eines im klaren sein: Wir stehen an einem historischen Wendepunkt. Der Lockdown war nichts anderes als der bewusst herbeigeführte Vorwand für die letzte große Rettungsaktion des bestehenden Finanzsystems. Die Welt des Geldes in ihrer gegenwärtigen Form ist am Ende. Das Bankensystem, das vor etwa 600 Jahren entstanden ist, ebenfalls.

Sofern diejenigen, die die Macht in Händen halten, auch weiter über unsere Zukunft entscheiden, bleibt ihnen gar nichts anderes übrig als zum Mittel der digitalen Zentralbankwährung zu greifen und zu versuchen, uns alle auf diese Weise zu kontrollieren und zu regulieren. Dass dabei die Zentralbanken eine Allianz mit den Digitalkonzernen eingehen, uns also eine halb-private Währung erwartet, zeigt, dass wir gegenwärtig an der Schwelle zum Eintritt in die schlimmste Form der von oben verordneten Planwirtschaft stehen – dem autokratischen Korporatismus, dem Idealbild des Benito Mussolini.

Den ganzlich ungekürzten Artikel lesen sie auf kenfm.de*, wo dieser zuerst erschien.*

TRANSNA

ELITENFAS

Seit März 2020 tritt jene Herrschaftsform voll in systematisch entfaltete: Eine transnational ope den westlichen »Demokratien« übernommen.

Die Massenbasis des »traditionellen« Faschismus war das begeisterte, durch Propaganda angestachelte Kleinbürgertum.

Der Führer(-Staat) versprach der Masse die Erlösung von allen Übeln. Der Führer trug die Massen, die Massen trugen den Führer(-Staat) und dieser führte sie im Interesse des (Monopol-) Kapitals in Krieg und Verderben. Im Laufe der letzten Dekaden hat sich eine transnationale, bestens vernetzte Kaste herausgebildet, die ihre Kriege nicht mehr nur nach außen führt, sondern die Zivilgesellschaften insgesamt als Gefahr für ihre Macht erkannt hat. Seit März 2020 haben die Zentren der Macht ihren Krieg im Namen des Corona-Infektionsregimes nach innen ausgeweitet. Unter transnationalem „Eliten“-Faschismus verstehe ich ein Bündnis aus transnationaler Kapitalistenklasse, transnationaler Machtelite (Transnational Capitalist Class and Transnational Power Elite) mit dem transnationalen Digital-, Militär-, Geheimdienst-, Wissenschafts- und Medienkomplex und den Regierungen als deren Exekutivausschüsse. Dieses Konglomerat bezeichne ich als Schmarotzer der Zivilgesellschaften, die ihnen als »Wirtskörper« dienen.

Ihr neues Herrschaftsmittel ist eine Gesundheitsdiktatur auf der Grundlage jederzeit aktivierbarer Infektionsregime. Heute Covid-19, morgen Rhinoviren, übermorgen vielleicht die Malaria oder ein »Biological Warfare«-Angriff.

Der niemals endende »war on terror« wurde seit März 2020 um den »war on infection« erweitert. Dieser richtet sich gegen die Menschheit insgesamt.

Die »große Sorge« der Herrschaftszentren um die »Volksgesundheit« ist eine beispiellose propagandistische Meisterleistung in der Geschichte der Menschheit. Es handelt sich um eine jahrelang vorbereitete PSYOP, eine psychologische Kriegführung gegen die Zivilgesellschaften.

Die Legitimation der westlichen Politik war nach Jahrzehnte langen Fehlleistungen der Herrschaftscliquen zum Ende des Jahres 2019 auf dem Nullpunkt. Und diejenigen, die den Planeten, die Menschlichkeit, das Miteinander, den inneren und äußeren Frieden sowie alle positiven Werte der Menschheitsgeschichte ruiniert haben, sollen nun die großen Retter der Menschheit sein?

Wie geschichtslos, ahnungslos, naiv und medial gehirngewaschen muss man sein, um den Treibern des globalisierten Katastrophenkapitalismus und den Tätern des angerichteten Desasters nun die große Sorge um die Gesundheit der Völker abzunehmen?

AUSNAHMEZUSTAND ALS DAUERZUSTAND

Die »Massenbasis« der Herrschaftszentren ist längst nicht mehr die Gefolgschaft überzeugter Menschen. Ihre neue Gefolgschaft sind die Massen manipulierter, belogener und terrorisierter Menschen im Angst- und Panikmodus. Die mediale Massenverdummung sichert die angstbasierte Gefolgschaft.

Jeffrey A. Tucker vom American Institute for Economic Research schreibt in seinem Artikel »When will the Madness end?« hierzu:

»Ich bin praktizierender Psychiater, der sich auf Angststörungen, paranoide Wahnvorstellungen und irrationale Angst spezialisiert hat. Ich habe dies bei Einzelpersonen als Spezialist behandelt. Es ist schwer genug, diese Probleme in normalen Zeiten einzudämmen. Was jetzt geschieht, ist eine Ausbreitung dieses ernsten Gesundheitszustandes auf die gesamte Bevölkerung. Es kann mit allem passieren, aber hier sehen wir, wie eine Urangst vor Krankheit in Massenpanik umschlägt. Es scheint fast vorsätzlich zu sein. Es ist tragisch. Wenn dies erst einmal begonnen hat, könnte es Jahre dauern, die psychologischen Schäden zu reparieren«.

Zudem soll der Maskenzwang Gehorsam und Untertanengeist einüben, den »Zusammenhalt« der Maskenträger und ihre Unterwerfung unter vermeintliche Autoritäten sicherstellen sowie die »Maskenfeinde« als »unsolidarische Gefährder« ächten. Aktuell terrorisieren die Täter unsere Kinder in den Schulen mit Maskenzwang. Hier wird der neue Untertan gezüchtet.

Herrschaftsmittel der Machtzentren ist der »Infektions«-Ausnahmezustand unter Ausschaltung der Bürgerrechte. Die Merkel-Clique und ihre Entourage haben das Grundgesetz kalt abgeräumt. Der Ausnahmezustand kann fortan jederzeit zum Dauerzustand erklärt werden. Selbst die »Demokratie« in ihrer defizitären Form der Parteien-Demokratie ist durch den Covid-Ausnahmezustand suspendiert, die Gewaltenteilung weitestgehend zusammengebrochen. Bill Gates und seine wissenschaftlichen und politischen Kollaborateure wollen nicht, dass wir jemals wieder in den Zustand der Vor-Covid-19-Zeit zurückkehren.

Die Demokratie, wie wir sie kannten, gehört der Vergangenheit an. Bernd Hamm schrieb dazu bereits 2017:

»Die neoliberale Ideologie hat dazu beigetragen, staatliche Regulierungen abzubauen und Reichtum bei 1 Prozent anzuhäufen. Die Reichen sind in der Lage, einen erheblichen Teil der staatlichen Gesetzgebung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Sie und ihre Vermögen werden von Heerscharen von Parlamentariern, Managern, Wirtschaftsprüfungsunternehmen, Anwälten, Steuerberatern, Denkfabriken, Radiosendern, Filmstudios, Verlegern, Medien, Forschern, Schreiberlingen, Lobbyisten, Bodyguards und anderen Lakaien in ihren Diensten beraten und geschützt.

Privateigentum ist das Goldene Kalb des Kapitalismus und unregulierter Kapitalismus die Bibel der herrschenden Klasse. Sie können selbst Polizei und Militär in ihrem Interesse mobilisieren. Dafür bleiben der Nationalstaat und seine Regierung wichtige Institutionen — vor allem aber müssen die Regierungen die Massen unter Kontrolle halten. Dies ist das Ende des Projekts Demokratie und die endgültige Übernahme durch die Plutokratie, ein stiller Staatstreich«.

Der traditionelle Faschismus kombinierte Massenunterstützung und Propaganda mit beinhartem (Straßen-)Terror und Saalschlachten gegen seine Feinde. Im Unterschied dazu geht der transnationale »Eliten«-Faschismus wesentlich subtiler und intelligenter vor. Als deutsche Variante des transnationalen »Eliten«-Faschismus versuchen Merkel-Clique, die neoliberale Parteieneinheits- und Medienfront sowie die Drittmittel-prostituierte Wissenschaft mit allen Mitteln der Propaganda, der Zensur, der Zersetzung jeglicher Opposition und der Unterdrückung von »Abweichlern«, ihre Position durchzudrücken und ihre Macht zu erhalten.

WELTÖKONOMIE-RESET

Die Herrschaftszentren beabsichtigen, mehrere Lockdowns durchzusetzen, um ihre Ziele zu erreichen. Letztlich streben sie einen *Reset* der Weltwirtschaft an. Sie wollen den »alten« globalisierten Katastrophen-Kapitalismus, der den Planeten an den Rand des Kollaps brachte, »runderneuern«. Fundamentales Ziel ist die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems jedoch unter den neu zu schaffenden Bedingungen der 4. industriellen Revolution nach dem großen Reset. Die Staaten sollen vollends der Kontrolle der internationalen Finanzindustrie unterworfen werden.

Vor der Corona-Krise hatte Deutschland Staatsschulden von circa 2 Billionen Euro. Um diese anzuhäufen, brauchte Deutschland 75 Jahre. Für die Verdopplung dieser Staatsschulden brauchte die Merkel-Mannschaft 3 Monate.

Die Deutsche Bank schrieb zu den Folgeschäden der Corona-Krise am 24. April 2020:

»Unseren Berechnungen nach kann der deutsche Staat über die aufgelegten Anti-Krisenpakete [...] auf eine Schwindel erregende Summe von bis zu 1,9 Billionen Euro, weit mehr als 50 Prozent des deutschen BIP, zurückgreifen«.

Die Deutsche Welle schrieb am 24. Juni 2020:

»Mindestens 15 Billionen Dollar [...] haben Regierungen und Notenbanken schon für die Bekämpfung der Corona-Pandemie und deren Folgen locker gemacht. Das lässt den Welt-Schuldenberg immer schneller wachsen: Eingerechnet der Schulden von Unternehmen und Banken kommt der Banken-Lobbyverband IIF (Institute of International Finance) auf unvorstellbare 250 Billionen Dollar«.

Im Juni 2020 bot die Weltbank Weißrussland einen Kredit in Höhe von 940 Millionen US-Dollar unter der Bedingung an, dass das Land einem Lockdown, das heißt dem Ruin seiner Wirtschaft zustimmt.

Die Zentren der Macht streben über die Totalverschuldung der Staaten die Privatisierung des verbliebenen Staatseigentums unter der Kontrolle der internationalen Finanzindustrie an. Pleiteunternehmen, die durch die Corona-Krise an den Rand der Insolvenz getrieben wurden, nehmen die marktradikalen Regierungen dann unter die Staatsfittiche, um dem Steuerzahler deren Sanierungskosten aufs Auge zu drücken. Die Totalverschuldung der Staaten ist Mittel zur Versklavung der Menschheit.

Anlagestrategen »verwertbare« Teil des Klein- und Mittelstandes wird aus der Selbstständigkeit in den abhängigen Niedriglohnsektor gepresst, andere werden Digital- und Plattform-Konzernen und deren Verwertungsstrategien unterworfen, weite Teile werden untergehen, so wie die Herrschaftsstrategen es vorgesehen haben.

Durch den ersten Lockdown wurden nach Darstellung der Internationalen Arbeitsorganisation bereits 1,6 Milliarden Menschen des sogenannten in-

DIE 4. INDUSTRIELLE REVOLUTION

Ziele der 4. industriellen Revolution sind:

– die Abschaffung jedweder Demokratie,
– eine neue geopolitische Ordnung,
– 5G und die damit verbundene Satellitentechnologie. 5G ist in erster Linie eine Technologie für das Militär, um Kriege auf völlig neuen Grundlagen zu führen. 5G wird installiert und die Fol-

TIONALER SCHISMUS

Erscheinung, die sich seit der Wende 1989/1990 rierende Oligarchenkaste hat die Herrschaft in

Von Ullrich Mies

Demonstrant für Demokratie und Frieden vor der Siegessäule, Berlin am 29.8.2020 Foto: Hannes Henkelmann, Bildband »2 Tage in Berlin«

In Europa ist die EU die maßgebliche Schaltzentrale zur Entdemokratisierung der Nationalstaaten. Die herrschenden Ökonomie- und Politcliquen setzen alles daran, die strauchelnde EU als ihr Machtprojekt zu erhalten, die demokratischen Institutionen der Nationalstaaten gänzlich auszuhöhlen und die Parlamente noch weiter zu entmachten. Soeben haben die 27 EU-Staaten ein Haushalts- und Finanzpaket in der historischen Größenordnung von 1,8 Billionen Euro vereinbart.

Fest steht schon heute, dass das Geld in erster Linie, wie bei den früheren Griechenlandhilfen, bei Banken zur Refinanzierung von Altschulden landen wird. Demokratiefreie Kommissionen, Direktorien, Senate, Stakeholderübereinkünfte und Hinterzimmerausschüsse aller Art sichern die totalitäre Herrschaft der transnationalen Oligarchenkaste. Der Nationalstaat dient ihnen allein als Überwachungs- und Repressionsstaat, um die Bevölkerungen unter Kontrolle zu halten.

BEVÖLKERUNGSREDUKTION

Die weltweite Bevölkerungsreduktion ist integraler Baustein des großen Weltökonomie-Reset. Für die 4. industrielle Revolution sind Milliarden Menschen »überflüssig«. Die »Bereinigung« der Weltbevölkerung erfolgt durch die schleichende Zerstörung des Klein- und Mittelstandes sowie der weltweiten Lieferketten mit hunderten Millionen Beschäftigten. Der für die internationalen formellen Sektors arbeitslos, das heißt Menschen ohne geregelte Arbeitsverhältnisse.

Die Frage ist: »Wie viele hundert Millionen Menschen werden durch die ökonomische Existenzvernichtung ihr Leben verlieren?«

Die Zentren der Macht gehen lächelnd über Millionen von Leichen. Das haben sie durch ihre Kriege allein nach 1989 hinreichend bewiesen. Erster und Zweiter Weltkrieg forderten mehr als 100 Millionen Menschenleben. Kämen durch die gezielte ökonomische Existenzvernichtung »nur« 10 Prozent der 1,6 Milliarden ums Leben, so wären das 160 Millionen Menschen. Es werden aber sicher mehr sein!

Ob die Herrschaftszentren und ihr Aushängeschild Bill Gates über Impfregime auch eine Reduzierung der Welt-Bevölkerung anstreben, darüber darf trefflich spekuliert werden. Bill und Mellinda Gates gebärden sich als die großen Menschheitsretter durch Impfregime. Menschheitsretter sind sie definitiv nicht! Es geht einzig um neue gigantische Geschäftsmodelle für Big-Pharma, Big-Money und Big-Government, die mit allen Mitteln propagandistisch und mit Repression in Szene gesetzt werden.

»Impfstoffe sind für Bill Gates eine ‚strategische Philanthropie', die seine zahlreichen Impfstoffgeschäfte versorgt und ihm die diktatorische Kontrolle über die globale Gesundheitspolitik gibt«.

gen für Mensch und Natur werden vollkommen ignoriert,
– das Internet of Things, es geht hier um Technologien einer globalen Infrastruktur der Informationsgesellschaften,
– eine bargeldose Welt,
– die Etablierung eines kalten gesellschaftlichen Lebens sozialer Distanz und totaler biometrischer Kontrolle,
– ein Zwangsimpf-Regime unter Einsatz von Gen- und Nanotechnologie, wobei die Pharmakonzerne jeglicher Haftung enthoben sind,
– die Ausweitung der künstlichen Intelligenz in Verbindung mit Post- und Transhumanismus, das heißt die Verschmelzung von Mensch und Maschine,
– der Aufbau von »Smart Cities«.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die transnationalen »Eliten«-Faschisten eine New World Order diktatorischer Globaler Governance anstreben.

Nach dem großen *Reset* soll die verbliebene Weltbevölkerung in einer neuen Welt leben. Die Zentren der Macht setzen alles daran, dass nach dem Übergang in die 4. industrielle Revolution ihre New World Order irreversibel sein wird.

FORDERUNGEN FÜR EINEN NEUANFANG

Da die Zentren der Macht die Welt hemmungslos umbauen, darf sich der Widerstand Gedanken machen, wie die Menschheit, in Sonderheit in den westlichen Fassadendemokratien, aus dem aktuellen Morast herausfinden könnte. Hierzu einige Gedanken:

– Auflösung der politischen Parteien in ihrer bisherigen Form und Funktion,
– Auflösung der korrumpierenden Lobby-Komplexe,
– Auflösung der Geheimdienste, zumindest deren massive Reduzierung,
– Reduktion des Militärs auf die Landesverteidigung,
– Abschaffung der Politikerimmunität,
– Konfiszierung der Parteivermögen respektive Politikervermögen bei nachgewiesenen Verfassungs-, Rechtsbrüchen sowie der Schädigung der Allgemeinheit,
– Verantwortung durch echte Verantwortungsübernahme, das heißt Politikerhaftung,
– Strafbewehrung beim Bruch von Amtseiden,
– Verfassunggebende Versammlungen einberufen,
– Stärkung der direkten Demokratie,
– völlige Neukonzeption der Medien, das heißt Unterstellung unter volks-demokratische Kontrolle,
– eine neue Politiker- und Politikerinnen-Generation muss sich »im Leben« bewährt haben, muss ethisch-moralischen Grundsätzen, der Verfassungs- und Rechtstreue genügen und hierfür vor der Übernahme von öffentlichen Ämtern Rechenschaft ablegen.
Dies wäre ein allererster Anfang.

Dieser Artikel erschien zuerst auf rubikon.news

NOWITSCHOK, NAWALNY UND NORDSTREAM 2

ERINNERUNG AN DIE SELTSAMSTEN ZUFÄLLE
von Dirk Pohlmann

»Die Vergiftung des nationalistischen russischen Oppositionellen Alexej Nawalny wird genutzt, um die Beendigung des fast fertiggestellten *Nordstream 2* Pipeline Projektes zu fordern, als Sanktion gegen Putins Russland.

Ein Vorschlag, der bisher nicht die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung findet. 55 Prozent der Deutschen sind gegen eine Beendigung von Nordstream 2. Nur die Wähler der Grünen sind mehrheitlich der Ansicht der Spitzenpolitiker dieser Partei. Fraktionschefin Katrin Göring-Eckhart war die erste Bundestagspolitikerin, die forderte, Nordstream 2 zu stoppen, andere Grüne wie der mögliche Kanzlerkandidat Habeck, seine Kollegin Annalena Baerbock und der Europapolitiker Bütikofer schlossen sich ihrer Forderungen an: »*Nord Stream 2* ist nichts mehr, was wir gemeinsam mit Russland vorantreiben können.«

Es war eine Erinnerung, wie wenig die Grünen von Realpolitik halten, wie groß ihre Neigung zu außenpolitischen Masochismus ist, wie leicht sie am Nasenring durch die geopolitsche Arena geführt werden können, aber auch, wie selektiv ihre Moralität ist.

PRESSEFREIHEIT UND MENSCHENRECHT MIT FÜSSEN GETRETEN

Das Verfahren gegen Julian Assange, ein Schauprozess, der die Axt an den fundamentalen Wert der Pressefreiheit legt, das erzwungene Exil von Edward Snowden, die Drohnenmorde via Ramstein, die Wiedereinführung der Folter in den USA, extralegale Orte wie Guantanamo, eine Kette von verlogenen Regime Changes die zu gescheiterten Staaten führten, in denen nichts besser ist, als es vorher war, der katastrophale Angriff auf Libyen — nichts davon hat die Grünen dazu bewogen, Sanktionen gegen westliche Staaten zu fordern, oder ernsthaft über den Austritt aus der NATO nachzudenken. Eine Forderung, die in ihrem ersten außenpolitischen Programm stand. Sie ist den heutigen Olivgrünen bestenfalls peinlich.

Es gibt eine Menge Fragen, die man zum Fall Nawalny stellen kann, wenn man davon ausgeht, dass Putin ein kühler Realpolitiker ist. Was man guten Gewissens tun kann.

Man kann zum Beispiel fragen, warum Putin kurz vor Fertigstellung der Pipeline einen nur in westlichen Medien bedeutenden Oppositionellen ermorden lassen sollte, der in Russland weder politische Wirksamkeit noch Popularität besitzt. Die wichtigste Opposition in Russland sind die Kommunisten, die zweitstärkste Kraft die rechtspopulistische LDPR von Wladimir Schirinowski. Beide kommen in den westlichen Medien nicht vor, weil sie nicht ins Bild passen. Man kann sich fragen, warum der russische Geheimdienst eine Substanz verwenden sollte, die medial wie ein Leuchtpfeil nach Russland weist, an den Fall Skripal erinnert, obwohl es so viele andere Gifte und Methoden gäbe.

Man kann sich fragen, wieso das tödlichste Nervengift der Welt so oft versagt, dessen Wirkung immer tödlich sein sollte, warum aber weder die Stewardess, noch die Krankenschwester, die den sich erbrechenden Nawalny im Flugzeug versorgten, vom Nowitschok dahin gerafft wurden. Warum nicht andere Passagiere kontaminiert sind. Man muss annehmen, dass beim russischen Geheimdienst nur noch Stümper am Werk sind. Amateure, die aber andererseits meisterhaft Computer hacken und US-Wahlen mit minimalen Geldsummen beeinflussen können, während die Millionenspenden der US Finanzmogule wirkungslos verpuffen.

Man könnte sich fragen, warum der FSB zulässt, dass Nawalny in einem russischen Krankenhaus gerettet und dann noch nach Deutschland ausgeflogen wird, wenn er doch liquidiert werden soll. Warum es so essentiell verschiedene Laborergebnisse zu seiner Vergiftung gibt. Warum angesichts dieser Merkwürdigkeit nicht Proben in einem neutralen Labor verglichen werden. Im Fall Skripal fand man ein Schweizer Labor Spiez zum Beispiel BZ2 in den Proben der Skripals, ein Kampfstoff, der 25 mal so stark wie LSD psychotrophisch wirkt und nur in westlichen Streitkräften produziert wurde. Die Erklärung der Briten für dieses erstaunliche Ergebnis war, man habe BZ2 hinzugefügt, um die Schweizer Chemiker zu testen. Hat im Fall Nawalny eventuell jemand Nowitschok hinzugefügt, um den politischen Geisteszustand der Grünen zu testen?

Nordstream 2 ist seit Jahren im Visier der US-Sicherheitselite. 2018 kündigten John McCain, Ted Cruz und Marco Rubio, allesamt Präsidentschaftskandidaten der Republikaner, sowie 39 weitere US-Senatoren an, die Pipeline mit allen Mitteln verhindern zu wollen.

Anlass ihrer Stellungnahme war seinerzeit der Anschlag auf den Ex-Agenten Sergej Skripal und seine Tochter Julia. Ähnlich wie im Fall Nawalny wurde der ungeklärte Mordversuch als öffentlichkeitswirksames, moralisch aufgeladenes Mittel verwendet, um geostrategische Interessen der USA durchzusetzen. Putin, so war damals die Argumentation, würde sonst nach Fertigstellung der Pipeline als Iwan der Schreckliche in Osteuropa wüten, weil er nicht mehr auf die Ukraine oder Polen als Transitländer angewiesen wäre, sondern Gas direkt von Russland nach Deutschland liefern könne. Die US-Politiker meinten, mit der Anschuldigung des Einsatzes von chemischen Kampfstoffen die Regierung Putin so gründlich diskreditieren zu können, dass statt nationalem Geschäftsinteresse ein finsterer Eroberungsplan Putins als Motiv hinter Nordstream 2 glaubwürdig erscheinen würde. Was man guten Gewissens als Verschwörungstheorie bezeichnen kann.

Im Fall *Nordstream 2* beobachteten die USA mit brennender Sorge, wie sich Deutschland von russischen Energielieferungen abhängig machen würde. Was die fürsorglichen US-Politiker verhindern wollten, im deutschen und europäischen Interesse. Warum die Deutschen in die Falle laufen lassen, wo doch außerdem die USA Fracking Gas im Angebot haben.

Einen neuen Hafen für die entsprechenden Tanker will man der deutschen Regierung allerdings ebenso aufzwingen, wie das US-Parlament Sanktionen verhängen will, wenn die Deutschen nicht zur bedingungslosen Solidarität bereit sind. Die Geduld einer US-Regierung hat Grenzen. Und: Die können auch anders. US-Regierungen haben es mehrfach bewiesen.

KÖNNTE ERDÖL EIN GRUND FÜR POLITIK SEIN?

Um die brachialen Maßnahmen zu vergessen, die US-Regierungen anwenden, um unpassende Erdöl- und Erdgasgeschäfte zu unterbinden, insbesondere mit Russland, muss man an Geschichts-Alzheimer leiden. Es ist allerdings eine Krankheit, die sich deutschen Redaktionsstuben und Abgeordnetenbüros schneller und gründlicher verbreitet hat als COVID-19.

Ein in Deutschland wenig bekannter Fall, den aber jeder ältere Italiener kennt, ist der seltsame Tod des Managers Enrico Mattei, der am besten mit Alfred Herrhausen verglichen werden kann. Der Italiener Mattei war, wie der Chef der Deutschen Bank, ein brillanter Manager, der bei seinen Geschäften das Gemeinwohl im Auge behielt und deshalb immens populär war. Mattei sollte nach dem 2. Weltkrieg AGIP abwickeln, eine faschistische Gründung, und tat das Gegenteil. Er baute AGIP in einen Energiekonzern um, eine einzigartige Erfolgsgeschichte.

Die ENI wurde unter der Leitung Matteis zum Hauptfaktor für die Industrialisierung Italiens. Mattei kaufte nicht nur trotz der amerikanischen und britischen Sanktionen Öl beim iranischen Premier Mossadegh ein, der in einem Putsch von der CIA und dem britischen MI6 beseitigt wurde, als er versuchte, die Ölförderung zu verstaatlichen. Mattei führte auch die Bohrinseln ein, wie wir sie heute kennen und baute eine eigene Tankerflotte auf. Vor allem aber wurde seine »Mattei-Formel« im Ölgeschäft berühmt. Während die US Firmen den Wert des geförderten Öls nach dem Schlüssel 50:50 erstatteten, also die Hälfte des Wertes an das Ursprungsland zurückgaben, gerne in die Hände korrupter Monarchen, und die Föderfirmen stets amerikanisch blieben, gab Mattei 75% zurück, half neugegründeten ehemaligen Kolonialstaaten beim Aufbau der Wirtschaft nach der Unabhängigkeit und baute die Föderfirmen als Joint Ventures auf. Es ist klar, mit wem die Nordafrikaner lieber Geschäfte machten. Es war auch klar, dass sich Mattei Feinde machte. US Ölmanager fragten sich öffentlich, warum er noch lebte.

EINE KLEINE AUFFRISCHUNG

1960 unterschrieb Enrico Mattei als Vorstandsvorsitzender der ENI den umfangreichsten internationalen Handelsvertrag, den Italien bis dahin jemals abgeschlossen hatte: Die UdSSR würde innerhalb von 4 Jahren 12 Millionen Tonnen Rohöl an Italien liefern, das im Gegenzug 240 tausend Tonnen Pipelinerohre und 50.000 Tonnen synthetisches Gummi bereitstellen würde.

In einem Memo, das im CIA Archiv einzusehen ist, bezeichnete ihn die US Ölindustrie daraufhin ihn »als einen noch größeren Schurken als die UdSSR selbst.« Mattei starb beim Absturz seines Privatjets, nachdem es bereits vorher einen Anschlag auf sein Flugzeug gegeben hatte, der in letzter Minute verhindert werden konnte. Jemand hatte einen Schraubenzieher im Lufteinlass der Turbine des Viersitzers angebracht, der sich im Flug gelöst hätte. Der Investigativjournalist Mauro di Mauro, der telefonisch bekanntgab, dass er herausgefunden habe, wer hinter dem Mord an Mattei stecke, verschwand bis heute spurlos. Offiziell handelte es sich bei seinem Tod bis 2005 um einen Unfall. Aber in den Knochen der 4 Opfer des Absturzes wurden bei einer Exhumierung Metallsplitter gefunden, die von einer Bombe herrühren müssen. Niemand, der bei klarem Bewusstsein war und nicht aus politischen Gründen lügen musste, war nicht klar, warum und in wessen Auftrag Mattei beseitigt worden war.

In der Regierungszeit der Sozialdemokratie in Deutschland wurde das Erdgas Röhren Geschäft mit der UdSSR abgeschlossen. Es begann 1970. Die Sowjets lieferten Erdgas, deutsche Firmen die Pipelinerohre und die Deutsche Bank gab die dafür nötigen Kredite. Das Geschäft wurde bereits Ende der 50er Jahre geplant, scheiterte aber 1962 am Röhren-Embargo der USA. Bundeskanzler Helmut Schmidt baute es nach den Erfahrungen der Energiekrise von 1973, als es ein Sonntagsfahrverbot wegen Benzinknappheit gab, Ende der 70er noch aus. Die deutsche Seite schätzte die absolute Vertragstreue der Sowjets, Schmidt hoffte auf eine gesicherte Energieversorgung für Deutschland.

Mit dem Machantritt von Ronald Reagan, der einen Zusammenbruch der UdSSR verursachen wollte, geriet Schmidt ins Visier der USA. Die Strategie Reagans um die UdSSR auf die Knie zu zwingen, war, mit Hilfe der Saudis den Ölpreis zu senken, um die Devisen-Einnahmen der UdSSR zu senken. Mit Rüstungsprogrammen erhöhte er andererseits die Ausgaben der Sowjets, die ein vielfaches der Wirtschaftsleistung in die Rüstung stecken mussten, etwa 15 Prozent oder auch mehr, während die USA 4 Prozent des Bruttosozialproduktes für Rüstung ausgaben. So sollte die UdSSR in die Pleite getrieben werden. Außerdem schürte man, wo immer möglich, Konflikte wie jene in Afghanistan und Nicaragua und unterstützte interne Gegner im Ostblock.

Schmidts Erdgasröhrengeschäft war ein Vergehen gegen die Strategie der Mimimierung der Gas- und Öleinnahmen. Worauf Reagan Schmidt bei einem Vieraugengespräch 1981 in Ottawa hinwies. Die Szene wird von dem US-Neocon Peter Schweitzer in seinem Buch »Victory« beschrieben. Nach dieser Version sah Schmidt wortlos aus dem Fenster, als Reagan ihn aufforderte, den Kurs zu wechseln. Reagan war entrüstet über Schmidts Arroganz. Damit war der treue Transatlantiker in Ungnade gefallen, trotz des von ihm selbst vorgeschlagenen Nachrüstungsbeschlusses, der Stationierung von nuklearen US-Mittelstreckenraketen in Deutschland. Schmidt war bis dahin nicht als typischer Sozialdemokrat eingestuft worden. Die Reagan-Regierung fragte sich: Warum Schmidt ertragen, wenn man Kohl haben konnte?

Die USA begannen, die europäische Sozialdemokratie zu bekämpfen, die auf Entspannungspolitik setzte, auf »Wandel durch Annäherung«, statt auf Konfrontation bis zum Zusammenbruch der UdSSR. Das betraf Olof Palme, Willy Brandt und Egon Bahr, Bruno Kreisky und Harold Wilson in Großbritannien. Es betraf nach Ottawa aber auch Helmut Schmidt.

Der Sprecher der deutschen Bank Friedrich Wilhelm Christians, der bis 1987 für das Russlandgeschäft der Deutschen Bank leitete, beschreibt in seinem Buch »Wege nach Russland«, wie er eine Delegation der Reagan-Administration empfing, die ihn zu den Geschäften mit Russland sozusagen verhörte. Christians meinte, die Amerikaner damit besänftigt zu haben, dass er Ihnen die Treue der BRD zu den USA klar machte, dass es bei dem Russland-Deal nur ums Geschäft ginge, nicht um eine Distanzierung von den USA. Eine Aussage, die einem Banker eigentlich nicht zustand, und deren Wert für die US-Regierungspolitiker zweifelhaft war. Aber der Banker war von seiner Bedeutung überzeugt. Er meinte, in der politischen Schwergewichtsklasse zu boxen. Was dann mit der Yamal-Pipeline passierte, deren Finanzierung er abgesichert hatte, erwähnt Christians nicht.

Reagan gab Auftrag, die Pipeline zu sabotieren. Der Leiter der Operation war der Amerikaner Gus Weiss. Das geschah mit Hilfe von gefälschten Computerchips, die über den korrupten Leiter der Beschaffungsstelle im KGB nach Russland gebracht wurden. Es war der KGB-Oberst Wladimir Wetrow, dessen »Abteilung X« für den Erwerb oder den Diebstahl von Computertechnologie verantwortlich war. Wetrow war Agent des französischen Geheimdienstes und der CIA. Die in die UdSSR gebrachten *Fake-Chips* sorgten dafür, dass eine Pumpanlage der Pipeline 1982 durch immenser Drucksteigerungen in die Luft flog. Es war die größte nicht-nukleare Explosion, die es bis dahin überhaupt gegeben hatte, sie wurde von Frühwarnsatelliten der USA entdeckt und entsprach einer kleinen Kernwaffe. Weiss ging sofort in das Lagezentrum der Satellitenaufklärung in Washington und stellte klar, dass es sich um eine CIA Operation handelte, keine sowjetische Nuklearexplosion.

VERTRAUEN IST GUT

Die USA kennen keine Freunde, wenn es um den Lebenselixiere der Weltwirtschaft geht, wozu Öl und Gas immer noch gehören. Wenn die Ölversorgung zusammenbräche, bräche die Weltwirtschaft zusammen. Öl und Gas sind strategische Güter; der Zugriff darauf ist mit allen Mitteln zu sichern, seine Verteilung zu kontrollieren.

Ein Alexej Nawalny ist angesichts der strategischen Erfordernisse weniger als ein Bauer auf dem Schachfeld, wahrscheinlich ist er nur ein nützlicher Idiot.

Zu glauben, dass es beim Thema Nordstream 2 um das Leben und die Gesundheit eines Dissidenten gehe, ist Naivität, die, wenn sie von Politikern geäußert wird, fundamentale Mängel der Analysefähigkeit offenbart.

Die Bereitschaft deutscher Politiker, jetzt eilfertig eine Beendigung des Nordstream-2-Projektes zu fordern, könnte eher damit zu tun haben, dass der Fall Nawalny eine Art goldene Brücke ist, über die Transatlantiker gehen können. Die USA haben immensen Druck ausgeübt, um Nordstream 2 zu verhindern. Es ist klar, dass Unbotmäßigkeit bestraft und Gehorsam belohnt werden wird. Durch den Fall Nawalny können Politiker den USA zu Diensten sein und es gleichzeitig wie ihren eigenen Willen aussehen lassen, ohne Gesichtsverlust. Im Gegenteil, sie können »Entschlossenheit« simulieren, »Mut« und »außenpolitisches Profil« vortäuschen. Mit diesen Begriffen werden Berichte über sie im *Mainstream* bereits ausgestattet.

Die Sanktionen gegen Sassnitz, die deutsche Endstation von *Nordstream 2* hingegen hatten sogar CDU-Politiker auf den Plan gerufen, die sich gegen die Bevormundung wehren wollten.

Der Fall Nawalny treibt die Transatlantiker wieder zur Herde zusammen, die Schafe können sich dabei als Löwen gerieren. Insofern ist er zielführend. — Und das soll Putin beabsichtigt haben?

Stiftung Aufarbeitung Verbrechen des Corona-Schreckensregimes und zentrale Gedenkstätte

EINE EINLEITUNG *von Anselm Lenz*

Wie wir alle wissen und am Leib erfahren, wird das Corona-Regime schrecklichste Verwüstungen auch psychischer Art hinterlassen. Vom völligen Vertrauensverlust in unsere Polit- und Medienkaste bis hin zu folterartigen Situationen und offenem Terror.

Es begann bereits im März damit, dass sich der Finanzminister des Landes Hessen, Thomas Schäfer (CDU), das Leben nahm, weil er die Corona-Lüge nicht mittragen konnte. Da ein Abschiedsbrief vorgelegt wurde, in dem er klar auf das Corona-Notstandsregime eingeht, steht sein mutmaßlicher Freitod in unmittelbarer Verbindung zum Zivilisationsbruch der Corona-Herrschaft im Moment deren Ausrufung mit dem Bruch der Verfassung und der Verhöhnung von Legislative und Judikative.



»Schluss mit der Herrschaftskaste!« Herr Grasemann (s.o) war eigens aus Dresden mit Ghandi in die Hauptstadt marschiert. | Foto: Hannes Henkelmann

Seit 25. März, mit der Ausrufung der Notstandsgesetzgebung, läuft neben der nicht völlig außergewöhnlichen Grippeinfektwelle auch eine sogenannte Schatten-Pandemie ab. Sozialarbeiterinnen, Lehrer, Pyschologen und Ärztinnen berichteten davon frühzeitig in unserer Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand*. Polizisten und Rechtsanwältinnen schlossen sich alsbald an.

Die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, der Verfassungsbruch und die brutalen Angriffe auf die Demokratiebewegung bilden schon jetzt eine Landschaft des Schreckens und des Terrors, ganz gleich, ob man zu einer eher regierungskonformen Einschätzung des Grippeinfekterregers gelangt oder eher eine schulmedizinische Ansicht bei der Einschätzung der Gefährlichkeit beziehungsweise Ungefährlichkeit des Virus einnimmt. Die Verbrechen reichen von Stigmatisierung über Berufsverbote, Übergriffigkeiten auf Kinder bis hin zu den bekannten Terrorakten.

STEINMEIER SPRICHT INDIREKT OPFERN DER SHOAH HOHN

Wir möchten deshalb frühzeitig eine Stiftung zur Aufarbeitung der Verbrechen des Corona-Schreckensregimes und zentrale Gedankstätte angehen. Es wird sich dabei um eine zentrale Anlauf- und Sammelstelle mit Foto-Archiv, Aktenarchiv, Augenzeugenberichten und möglichst umfassenden Fallstudien handeln, die für die kommenden Jahre und Jahrzehnte den wesentlichsten und umfassenden Beitrag zur Aufarbeitung übernehmen soll. Auch eine Sammlung der offen lügnerischen Berichterstattung und des Versagens der Berufspolitik und mancher öffentlicher Stelle wird professionell ausgebaut. Vom Zentrum ausgehend werden wir die evidenten Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verfassungsbrüche juristisch, historisch und sozialpsychlogisch im Sinne der Betroffenen und ihrer Hinterbliebenen angehen.

Wir von der Demokratiebewegung werden niemanden zurücklassen, niemanden zu vergessen und sind schon heute aufgerufen, die Schicksale zu vereinen. Wir werden für die zentrale Gedenkstätte mit öffentlichem Informationszentrum einen zentralen, gut sichtbaren und zugänglichen Ort in Berlin dauerhaft anmieten und mit Leben füllen. Wir bitten Sie deshalb um Beteiligung durch Übermittelung Ihrer Erfahrungen, Wünsche und Bereitsstellung weiterer professioneller Kompetenzen wie gern auch Aufbauspenden.

Da sich Steinmeier zu Beginn des vorigen Wochenendes dahingehend äußerte, er wolle ein Zeremoniell und möglicherweise auch eine Gedenkstätte für die Virus-Opfer einrichten — womit er letztlich der Shoah Hohn spricht wie auch etwa den täglich 25.000 Verhungernden weltweit und auch insbesondere den Todesopfern in der Folge seiner eigenen sozialen Disruptionspolitik namens »Hartz IV« wie eines in seiner Verantwortung immer schlechter werdenden Gesundheitssystems im Lande — sehen wir umso mehr Anlass, die Dinge vom Kopf auf die Füße zu stellen. Dies bei allem hier bei uns echten (und nicht wie von Seiten der Polit- und Medienkaste instrumentalisierten) Mitgefühl für jene, die tatsächlich an Erkrankungen zu leiden haben — oder gar daran oder auch nur damit starben — gestern, heute, morgen!

Abonnieren Sie den E-Mail-Rundbrief auf nichtohneuns.de

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer liberalen Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) — Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 19. Ausgabe ab Samstag, 12. September 2020. Redaktionsschluss war am 10. September, 7:30 Uhr. Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Spendenfinanzierte Vereinszeitung der Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt.
Spenden an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Vereinsspende« an A. Lenz, Vorstand K.D.W., **IBAN DE51 1001 1001 2625 2368 69.**

Redaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Batseba N'Diaye, Tamara Ganjalyan, Jill Sandjaja, Sophie-Maria Antonulas, Ute Feuerstacke, Louise Thomas, Wolfgang Spraul, Hermann Ploppa, Johnny Rottweil, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Samuel Gfrörer, Doro Neidel, Dirk Pohlmann, Ullrich Mies, Alexander Richter, Nathan Gray. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotographie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.